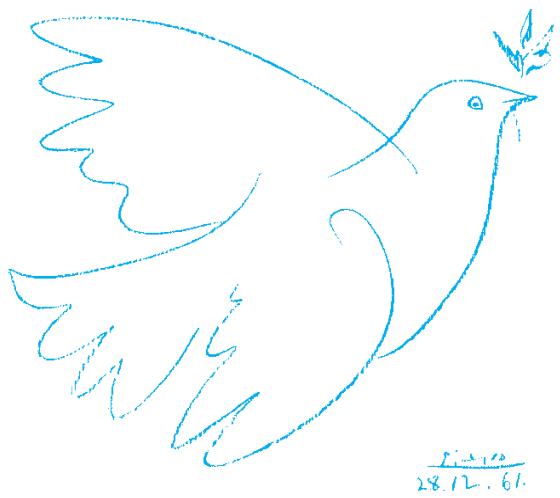
AZB
4001 Basel

Post CH AG

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung



Unsere Welt

Unsere Welt
SFB, Riehentorstr. 27
Postfach, 4001 Basel

47. Jahrgang
Nr. 4 – 2024
Solidaritätsbeitrag: Fr. 5.–

Aus dem Inhalt

Die Militarisierung Israels 2
Russland – und wie weiter? 3
Krieg als blosse Dummheit 4
Friedensaktivismus unter Druck 5
Kriegsverbrechen Einhalt gebieten 6
Nordkoreanische Söldner in Kursk? 7
Ein klares Nein zu EU und NATO 8

«Stoppt die Aufrüstung Israels». Demonstration in London, September 2024. Quelle: zVg.

Eskalation im Nahen Osten

Apokalyptische Zustände

Die israelische Armee hat den Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung auf den Libanon ausgedehnt. Neben Gaza stehen nun auch libanesische Städte und Kulturdenkmäler unter Beschuss. Zehntausende wurden getötet, Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht – die westlichen Staaten schweigen und liefern weiter Waffen.

Von Tarek Idri

Der Krieg der israelischen Regierung gegen die Palästinenser:innen hat eine neue Eskalationsstufe erreicht. Neben Gaza und in geringerem Masse der Westbank wurden die Angriffe auch auf den Libanon ausgeweitet. Der Krieg im Libanon begann mit schweren Attacken gegen die libanesische Partei Hisbollah im September, darunter Terroranschläge durch ferngesteuerte Sprengsätze in Pagern. Am 27. September wurde der bisherige Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah bei einem israelischen Angriff in Beirut getötet. Anfang Oktober drang das israelische Militär schliesslich mit Bodentruppen in den Südlibanon ein. Es wurden Dörfer mit angeblicher Hisbollah-Infrastruktur in Grenznähe angegriffen.

Unter Beschuss

Inzwischen steht mehr als ein Viertel des Libanons unter Evakuierungsbefehl des israelischen Militärs, eine Million Menschen befinden sich auf der Flucht, Tausende wurden bereits getötet. Israelische Panzer sind bis auf die Ortschaft Khiam vorgedrungen, welche rund sechs Kilometer im Landesinnern liegt. Die Hauptstadt Beirut steht unter Beschuss von Raketen, die von Kampfjets und israelischen Kriegsschiffen im östlichen Mittelmeer abgefeuert werden. Auch im Norden des Landes werden Ortschaften bombardiert. Israel behauptet dabei, Hisbollah-Stellungen ins Visier zu nehmen. Damit setzt die israelische Armee dieselbe Taktik ein, die sie in Gaza anwendet. Angriffe auf zivile Einrichtungen wie Schulen, Kliniken und Flüchtlingslager werden unter dem Vorwand durchgeführt, dass sich dort angeblich Kommandozentralen der Hamas befinden. Nachweise dafür werden jedoch nicht erbracht – ebenso wenig wie für die Behauptungen, dass die bombardierten Dörfer und Wohnhäuser im Libanon Waffenlager oder Raketenabschussrampen der Hisbollah beherbergen würden. Weder vor zivilen Einrichtungen noch vor historischen Kulturdenkmälern und Naturschutzgebieten wird Halt gemacht: Römische Tempel, osmanische Bauten und phönizische Häfen wurden zerstört oder beschädigt. Und im Süden des Libanon werden geschützte Waldgebiete mit weissem Phosphor in Brand gesetzt.

Der neue Generalsekretär der Hisbollah, Naim Kassem, welcher den getöteten Nasrallah ersetzt hat, erklärte unterdessen, dass die Hisbollah die schweren Schläge überwunden und sich neu formiert habe. Man sei auf einen «langen Krieg vorbereitet», um ihr Land zu verteidigen und Gaza zu unterstützen.

Humanitäre Hilfe fehlt

Die Situation in Gaza ist weiterhin katastrophal. Die deutsche Tageszeitung «junge Welt» nennt die Ereignisse dort in den letzten zwölf Monaten «eine Geschichte von Kriegsverbrechen». Von über 42 000 getöteten Palästinenser:innen sind zwei Drittel Frauen und Kinder. Mehr als zehntausend weitere Menschen werden noch unter den Trümmern vermisst. Die israelische Regierung hat die medizinische Versorgung in Gaza weitgehend zerstört. Über hundert Krankenhäuser und Gesundheitszentren wurden ausser Betrieb gesetzt, nur einzelne Einrichtungen sind überhaupt noch einsatzfähig. Etwa tausend Pflegekräfte und Ärzt:innen wurden getötet. Die Welthungerhilfe schlägt Alarm: 90 Prozent der Einwohner:innen von Gaza seien einer Hungerkrise ausgesetzt. «So eine massive Zerstörung und Verzweiflung der Menschen» haben die Helfer:innen der Organisation «in keinem anderen Krisengebiet der Welt erlebt», die Zustände seien «apokalyptisch». Im Norden Gazas fehlt jede lebenswichtige humanitäre Hilfe, da die israelische Armee die Einfuhr von Hilfsgütern blockiert. Das Verbot des Palästina-Hilfswerks der Vereinten Nationen (UNRWA), welches das israelische Parlament beschlossen hat, wird den vollständigen Zusammenbruch der internationalen humanitären Tätigkeit im Gazastreifen bedeuten.

Waffenlieferungen stoppen!

Die westlichen Länder rücken derweil nicht von der Unterstützung des Apartheidstaates ab. Die Präsidentschaft Trumps in den USA wird die Lage weiter verschärfen und die Unterstützung für die rechtsextreme israelische Regierung ausbauen. Deutschland lieferte 2024 Rüstungsgüter im Wert von etwa 150 Millionen Euro nach Israel und wird sie weiterhin liefern. Die Schweiz unterstützt Israel unter anderem mit «Dual-Use-Gütern», Güter, die sowohl zivil wie auch militärisch eingesetzt werden können, beispielsweise Elektromotoren für Militärdrohnen.

Der Bundesrat hat auf die Eskalation im Libanon mit Nichtstun reagiert, bloss eine geringfügige Erhöhung der Hilfsgelder für die Region sowie vage Ermahnungen an beide Konfliktseiten, das humanitäre Völkerrecht einzuhalten, wurden ausgesprochen. Dabei sollte die Ursache des aktuellen Kriegs allen klar sein: die Besetzung von palästinensischem Land und die Unterdrückung der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Staat. Hier muss angesetzt werden. Kurzfristig braucht es ein sofortiges Ende der Angriffe und eine Waffenruhe sowie ein Ende der israelischen Siedlungspolitik. In einer Stellungnahme ruft die Schweizerische Friedensbewegung alle friedliebenden Kräfte weltweit dazu auf, sich gegen diesen Krieg zu vereinen und sich für eine gerechte, nachhaltige Friedenslösung im Nahen Osten einzusetzen. Sie fordert einen Richtungswechsel in der Schweizer Politik: «Eine blockfreie Schweiz, die eine echte Vermittlerrolle einnimmt, könnte massgeblich zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Förderung eines dauerhaften Friedens beitragen.»

Nein zur PESCO-Beteiligung!

PESCO wird als militärisches Schengen bezeichnet und beinhaltet als zentrales Element den freien Militärtransport innerhalb Europas. PESCO wird zwar als Projekt der Europäischen Union verkauft, ist aber ganz klar Teil der grösseren NATO-Zusammenarbeit auf militärischer Ebene. Als strategische Ziele gelten explizit: das NATO-Oberkommando (SACEUR) «aktiv zu unterstützen» sowie den «NATO-Verpflichtungen nachzukommen».

Die Schweiz wird laut Bundesrat am Projekt «Military Mobility» und «Cyber Ranges Federation» teilnehmen. Mit der Beteiligung an «Military Mobility» wird es möglich, in kürzerer Zeit «Gesuche für grenzüberschreitende Transporte und Verlegungen», also für den Transport von Waffen und NATO-Truppen durch die Schweiz, abzuwickeln.

Der NATO-Funktionär Boris Ruge hat bereits erklärt, dass durch den schweizerischen PESCO-Beitritt die NATO «in einem Konfliktfall an der Ostflanke» «in kurzer Zeit sehr umfangreiche Kräfte» verlegen könnte. Im Klartext: Das NATO-Kriegsbündnis könnte also mithilfe der Schweiz bei einem Krieg mit Russland schneller Kriegsmaterial oder sogar Truppen an die Front schicken. Was das für die Bevölkerung in der Schweiz bedeutet, ist klar: Im schlimmsten Fall besteht die Gefahr, dass die Schweiz in einem solchen Krieg zum Angriffsziel wird, um den Truppennachschub zu verhindern.

Das Projekt «Cyber Ranges Federation» beinhaltet die militärische Zusammenarbeit im Cyber-Raum. Wie die EU in einem Strategiepapier erklärt hat, ist im Cyber-Raum die «Unterscheidung zwischen Krieg und Frieden» unklar. Die Schweiz könnte also in Zukunft mit anderen NATO-Ländern Cyber-Kriege führen, weil das Neutralitätsrecht den Cyber-Raum formal nicht umfasst. Hier besteht genauso die Gefahr, dass die Schweiz durch Provokationen im Cyber-Raum in nicht-digitale Kriege hineingezogen wird.

Bruch der Neutralität

Die Schweizerische Friedensbewegung verurteilt den Entscheid des Bundesrats, PESCO beizutreten, scharf. Es handelt sich um einen klaren Bruch des Neutralitätsrechts. Die Haager Abkommen, welche das Neutralitätsrecht völkerrechtlich festschreiben, besagen klar: Ein neutrales Land darf es nicht «dulden», dass kriegsführende «Truppen oder Munitions- oder Verpflegungskolonnen durch das Gebiet einer neutralen Macht» hindurchführen. Mit der Teilnahme an PESCO wird NATO-Ländern, die bekanntlich in verschiedenste Kriege, darunter in den immer noch andauernden US-Krieg «gegen den Terror», verwickelt sind, die Durchführung von Truppen und Munition durch die Schweiz erlaubt. Mit dem PESCO-Beitritt treibt der Bundesrat die Verflechtungen der Schweiz in die Militärstrukturen des NATO-Kriegsbündnisses weiter voran und stellt sich demonstrativ auf die Seite des westlichen Militärblocks. Wer den Frieden sichern will, sagt Nein zur NATO, Nein zu PESCO und Nein zu diesem kriegstreiberischen Bundesrat.

Schweizerische Friedensbewegung

Es braucht dich!

Um eine Welt des Friedens und des respektvollen Miteinanders zu verwirklichen, ist die Mithilfe Vieler nötig. Frieden schaffen ist harte Arbeit. Es braucht viele Hände, die mitanpacken. Es braucht viele Köpfe, die mitdenken. Es braucht auch viele, die der Bewegung für den Frieden ideell und finanziell zur Seite stehen.

Die Mittel der Friedensbewegung sind begrenzt. Wir können uns nicht auf staatliche Subventionen oder auf die Zuwendungen der Reichen und Mächtigen stützen. Wir finanzieren uns ausschliesslich über Spenden und Mitgliederbeiträge. Hilf mit, die Stimme des Friedens in der Schweiz zu stärken und unterstütze die SFB mit einer Spende.

Spende einfach und bequem mittels QR-Code.

Oder über folgendes Konto:

IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Vielen Dank!

Friedensbewegung
Riehentorstrasse 27
Postfach
CH-4001 Basel

Krieg im Nahen Osten

Die Militarisierung Israels

Das Bild des kleinen, tapferen Staates, der sich eingekreist von heimtückischen Mächten gegen diese verteidigen muss – des kleinen Davids, der von Goliath angegriffen wird – hält sich hartnäckig in den Köpfen gutmeinender Menschen. Dieses Bild entspricht jedoch nicht der Realität. Die kolonialistischen Siedler auf dem palästinensischen Gebiet organisierten sich schon vor fast 100 Jahren, noch vor der Gründung des Staates Israel, in Milizen, die brutal gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung vorgingen und vor Terrorakten nicht zurückschreckten.

Von Ueli Schlegel

Aktivisten der linken israelischen Gruppe Radical Bloc ketteten sich im Juni 2024 im Foyer der deutschen Botschaft in Tel Aviv fest, um die Einstellung der deutschen Waffenlieferungen und einen sofortigen Waffenstillstand im Gazakrieg zu fordern. Quelle: zVg.

Die Aufrüstung Israels

Israel ist eines der am stärksten militarisierten Länder. Mit seinen 9,3 Millionen Einwohnern, knapp vor der Schweiz (9,1 Millionen), betrug sein Militärbudget im Jahr 2023 offiziell 27,5 Milliarden Dollar und war damit höher als jenes von Kanada, Spanien oder Brasilien und fünfmal so hoch wie jenes der Schweiz. Israels Militärbudget lag 2023 also weltweit auf dem 15. Rang; Russland mit einer 16-mal höheren Bevölkerungszahl erreichte nicht einmal das Vierfache des israelischen Militärbudgets. Die NATO strebt im Zusammenhang mit der geplanten Aufrüstung neu Militärausgaben der einzelnen Mitgliedstaaten von mindestens zwei Prozent an; Israel liegt hier bei unglaublichen 5,4 Prozent, während es übrigens stark verschuldet ist (Hauptgläubiger sind die USA).

Die Militarisierung Israels ist typisch für kolonialistische Landräuber:innen, die ja immer mit der Bevölkerung der kolonisierten Gebiete im Kriegszustand sind und sich nur mit grosser Aggressivität durchsetzen können. Domenico Losurdo beschreibt in seinem 2011 auf Deutsch erschienen Buch «Die Sprache des Imperiums» den Kolonialismus Israels treffend so: «Eine unmissverständliche Losung kennzeichnet den Zionismus: ‹Gebt das Land ohne Volk einem Volk ohne Land!›. Wir haben es mit der klassischen Ideologie der kolonialen Tradition zu tun, die die eroberten oder begehrten Territorien immer als *res nullius*, als Niemandsland, betrachtet hat und immer geneigt war, die einheimischen Bevölkerungen auf eine unbedeutende Grösse zu reduzieren; mit der Ideologie, die insbesondere den expansionistischen Vormarsch der nordamerikanischen Kolonisten begleitet hat.» Mumia Abu-Jamal, einer der politischen Gefangenen der USA, erinnert an das Buch des Kameruners Achille Mbembe, in dem dieser schreibt: «Als Mischung aus Sadismus und Masochismus, oft tastend in meist unerwarteten Situationen vorgehend, neigte der Kolonialismus dazu, alle Kräfte zu zerschlagen, die diesen Trieben im Wege standen oder deren Streben nach perversen Lüsten aller Art zu hemmen versuchten. Die Grenzen dessen, was dem Kolonialismus als ‹normal› galt, wurden ständig hinausgeschoben, und nur wenige Begierden waren Gegenstand offener Ablehnung oder der Scham und des Abscheus. Die koloniale Welt besass eine schwindelerregende Fähigkeit, sich mit der Zerstörung ihrer Objekte – einschliesslich der einheimischen Bevölkerung – abzufinden.» Tatsächlich ist der israelische Kolonialismus, der Zionismus, ein Überbleibsel des 19. Jahrhunderts.

Die israelische Armee

Die israelische Armee, IDF («Israel Defence Forces»), wurde am 31. Mai 1948, unmittelbar nach der Gründung des Staates Israel, aus mehreren bewaffneten Untergrundorganisationen (Milizen) gebildet, die alle schon während des britischen Völkerbundmandats über Palästina zwischen 1920 und 1948 aktiv gewesen waren und in dieser Zeit sowohl gegen die britische Mandatsmacht wie auch gegen die palästinensische Bevölkerung brutale Terroranschläge verübt und Geiselnahmen durchgeführt hatten.

Im Palästinakrieg von 1947 bis 1948 spielten erst die Milizen, dann die israelische Armee eine massgebende Rolle bei der Nakba, der grossen Vertreibung, als etwa 700 000 bis 750 000 Palästinenser:innen in die Flucht gejagt wurden. Die Armee beteiligte sich am Terror gegen mehrere tausend unbewaffnete palästinensische Menschen, die nach dem Krieg versuchten, auf ihr Land in Palästina zurückzukehren.

Militärische Zusammenarbeit mit den USA

Obschon Israel so stark militarisiert ist, könnte es selbst ohne Hilfe von aussen nicht dauernd expandieren und mit einigem Erfolg andere Staaten angreifen (Libanon, Syrien, Iran). Die Hauptunterstützer sind die USA. Schon vor dem Hamas-Angriff zahlten die USA jährlich fast vier Milliarden Dollar an Israel, mittlerweile ist der Betrag sehr viel höher. Es handelt sich dabei fast ausschliesslich um Militärhilfe, die grösstenteils mit der Auflage verbunden ist, amerikanische Waffen zu kaufen – zur grossen Freude des amerikanischen militärisch-industriellen Komplexes. Diese Waffenverkäufe sind denn auch neben der geostrategischen Lage des Landes ein wichtiger Grund für die Unterstützung Israels durch die USA. Die amerikanische Regierung gerät da je länger je mehr in einen Widerspruch. Erstens sind zahlreiche Wähler:innen in den USA arabischen oder palästinensischen Ursprungs, und zweitens dürfen die USA Ägypten und Jordanien bzw. deren Bevölkerung nicht zu sehr verärgern. Entsprechend unterstützen die USA auch diese Staaten – beide sogenannten Pufferstaaten und übrigens keine «Demokratien» – um zu verhindern, dass sie wie der Iran und Syrien ins US-kritische Lager abdriften. Diese schwierige Lage der USA spiegelt sich in deren absurden und keineswegs ausgewogenen «Verhandlungsbemühungen».

Nun planen die USA zusammen mit Israel die Fortsetzung der gemeinsamen Angriffe auf den Lieblingsfeind Iran. Zu diesem Zweck schickte die US-Regierung unter anderem ihr Flugabwehrsystem THAAD samt 100 spezialisierten Soldaten nach Israel.

Ausser den USA sind auch Staaten wie Grossbritannien, Deutschland und die Schweiz an der Aufrüstung Israels beteiligt. Grossbritannien führt beispielsweise immer wieder zusammen mit den Amerikanern Transportflüge von seiner Militärbasis Akroti auf Zypern nach Tel Aviv durch, um Waffen und Munition zu liefern. Grossbritannien war 2019/2020 zusammen mit Israel an der Tötung und Verfolgung palästinensischer Demonstrant:innen im Gazastreifen beteiligt – unter dem Vorwand, die Aktivitäten der Hisbollah und des Irans zu stören. Der grosse private israelische Konzern «Elbit Systems» ist auch im britischen Reich tätig, zusammen mit seinen Töchtern «UAV Engines», die in Birmingham und Shenstone Drohnen fabrizieren (und erfolgreich von Palestine Action sabotiert worden sind) und «Elite KL», die jedoch mittlerweile verkauft worden sind.

Israel und Deutschland

Deutschland ist der zweitwichtigste Waffenlieferant Israels nach den USA. Nebst der staatlichen Lieferung in Israel hergestellter Heron-Drohnen aus deutschen Armeebeständen treffen wir unter den Waffenexporteuren Deutschlands einen alten Bekannten: Thyssen-Krupp. Die Firma war früher für die Nazis tätig, heute liefert sie U-Boote nach Israel. Selbstverständlich ist auch der Rüstungskonzern Rheinmetall (ebenfalls durch seine Waffenproduktion für Hitler bekannt), der in Zürich eine Filiale an der Birchstrasse 155 hat, im Israelgeschäft aktiv. Die hohen Profite der Rüstungsindustrie sind der Grund für den Support Israels durch Deutschland; mit dem Bezug auf die «Erbschuld» des «tausendjährigen Reiches» der Nazis kann man die Unterstützung des 1947 gegründeten rassistischen Staates Israel allenfalls dem deutschen Michel moralisch verkaufen (das spöttische Gedicht von Heinrich Heine über den gutgläubigen und immer regierungstreuen «Michel nach dem März» ist in übertragenem Sinn weiterhin aktuell). Wie sagte doch der frühere deutsche SPD-Minister Egon Bahr – hier ehrlich: «In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.»

Gegen die deutschen Waffenlieferungen an den Genozidstaat gibt es auch in Israel Proteste, z.B. von der israelischen Gruppe Radical Bloc, deren Aktivisten sich am 7. Juni im Foyer der deutschen Botschaft in Tel Aviv festgekettet hatten.

Deutschland, das von Nicaragua wegen Beihilfe zum israelischen Völkermord beim internationalen Gerichtshof angeklagt ist, hat trickreich zur Umgehung der Exportbeschränkungen eine neue Warenkategorie – schlicht «Waffen» – erfunden; diese sollen etwas anderes als «Kriegswaffen» sein. Unter die Kategorie «Waffen» fallen beispielsweise die Panzermotoren des deutschen Triebwerkherstellers «MTU Aero Engines AG» und Kleinmunition.

Israel und die Schweiz

Über die schweizerischen Waffenexporte an andere Staaten haben wir in *Unsere Welt* im März 2024 informiert. Wir gingen damals auch auf die Tochter der israelischen «Elbit Systems» an der Seilerstrasse 4 in Bern ein. Eine sehr gute Übersicht, die wir den Students for Palestine verdanken, folgt hier.

Da in der Schweiz Gesetze den direkten Waffenexport in kriegsführende Staaten wie Israel verbieten, spielt sich die Zusammenarbeit entweder im Geheimen oder über Umwege ab. Um so wichtiger werden sogenannte Dual-Use-Güter (militärisch und zivil nutzbare Güter) und «besondere militärische Güter», die sich von den nicht zum Export zugelassenen «Rüstungsgütern» unterscheiden sollen.

Die wissenschaftlich-technische Kooperation der ETH und der schweizerischen Universitäten mit Israel läuft weiter. Es handelt sich um schlecht kontrollierbaren Wissenstransfer, der zum Teil vor langer Zeit eingefädelt worden ist. Oft sind es EU-Projekte, an denen sich schweizerische Wissenschaftler:innen beteiligen. Beispiele, die von den Students for Palestine erwähnt werden:

- Composites (Verbundwerkstoffe) und deren automatisierte Herstellung, bei deren Entwicklung z.B. die ETH eine wichtige Rolle spielt; sie sind für Flugzeuge, Drohnen, Panzer und andere Fahrzeuge wichtig.
- Forschungen im Bereich des Wassermanagements; die Wasserverteilung ist für Israel ein wichtiges Element der hybriden Kriegsführung, um die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben und die israelische Siedlungspolitik durchzusetzen.
- Die weitere Entwicklung von Drohnen; zwar endete die gemeinsame Entwicklung des Staatskonzerns «Israel Aerospace Industries» mit der schweizerischen Ruag/Armasuisse und Oerlikon-Contraves – früher Oerlikon-Bührle – der Drohne «Ranger» schon 2019, doch anschliessend entwickelte die Schweiz zusammen mit dem privaten Konzern Elbit Systems aus Israel das System 15 alias Hermes 900 HFE, das jedoch in einem technischen und finanziellen Fiasko kulminierte.
- Projekte auf dem Gebiet der sogenannten Cybersecurity – einem breiten Bereich, der sich über Spionageabwehr, Überwachung, den Schutz der Infrastruktur und insbesondere auch fahrender und fliegender Objekte erstreckt; Israel hat da eine grosse Erfahrung, insbesondere mit dem auch in der Schweiz eingesetzten Staatstrojaner «Pegasus» bis zu manipulierten explodierenden Kommunikationsgeräten wie kürzlich im Libanon – die notabene auch viele Zivilist:innen schwer verletzten.
- Softwareentwicklungen wie z.B. die Drohnensteuerungssoftware der schweizerisch-amerikanischen Firma Auterion; deren Software PX4 wird auch in israelischen und ukrainischen Drohnen eingesetzt.

Wir werden uns in einer späteren Ausgabe unserer Zeitung mit der hybriden Kriegsführung Israels beschäftigen und ausführlicher auf Software, Manipulationen, Zensur, nichtmilitärische Aktionen und gezielte Tötungen von Journalist:innen eingehen.

Leserbrief

Cuba sí – Bloqueo no!

Vielen Dank für den Artikel «Neutralitätsverlust und Blockdenken» in der Ausgabe vom September 2024. Im an und für sich sehr guten Artikel (in einer sehr guten Ausgabe – vielen Dank!) von Timeo Antognini fehlt jedoch ein wichtiger Aspekt. Nicht nur Sanktionen/Blockaden *der* Schweiz, sondern auch *aus der* Schweiz sind Realität – und richten Schlimmes an. Die über 60 Jahre existierende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Cuba sowie die Setzung Cubas auf die Liste der sogenannten «terrorunterstützenden Staaten» sind zwei solche Beispiele.

Beide Repressionsinstrumente sind nur durch die US-Regierung erlassen und werden von der UNO-Vollversammlung ja jeweils sogar mit fast zu 0 Stimmen (ausser USA/Israel) verurteilt und die USA zur Aufhebung der Blockade aufgefordert. Mit grossem Druck der USA werden andere Länder, Konzerne, Reedereien usw. dazu gebracht, sich der Blockade gegen Cuba auch extraterritorial zu unterwerfen. So auch alle grossen und mittleren Schweizer Banken, aber auch Konzerne und Betriebe (sogar innerhalb der eigenen Schweiz, zum Beispiel beim Kauf von Gütern für Cuba, bei Zahlung von Bestellungen mit Betreff Kuba, usw.)

Obwohl die Schweiz also offiziell Cuba nicht sanktioniert, wird in der Realität aus der Schweiz heraus Cuba doch blockiert. Und daran will auch der Bundesrat nichts ändern, wie seine Behandlung der am 9. März 2021 im Parlament gewonnenen von uns 2019 initiierten Petition «Unblock Cuba» zeigt. Um somit ein Bild der ganzen Realität der einseitigen Sanktionen der, aber eben auch aus der Schweiz zu haben, muss dieser Aspekt m.M.n. dringend aufgeführt werden.

Dies insbesondere auch deshalb, weil immer noch viele Menschen hier nicht so viel darüber wissen und bei Veranstaltungen oder bei Flugblattaktionen auf der Strasse oft fragen: Was, die existiert immer noch? Oder eben meinen, es sei ein UN-Embargo, da könne man nicht viel machen.

Die Information zur Blockade gegen Cuba/Setzung Cubas auf die Liste der sogenannten «terrorunterstützenden Staaten» ist auch deshalb immer wieder sehr wichtig, weil aktuell weltweit Kampagnen laufen, die die sofortige Aufhebung der Blockade sowie der Liste der sogenannten «terrorunterstützenden Staaten» fordern (siehe der Brief von Ignacio Ramonet an US-Präsident Biden) und die dringend auch unsere Unterstützung brauchen!

Gion Honegger
Präsident Cuba Solidarität Vilma Espín Zürich-Ostschweiz

Ukraine-Krieg

«Jetzt sind Diplomaten gefragt»

Ein Gespräch mit Gabriele Krone-Schmalz über den Krieg in der Ukraine und die Notwendigkeit einer Politik des Interessenausgleichs und der Friedenssicherung.

Von Irmtraud Gutschke

Mehr als zwei Jahre dauert nun schon der Krieg Russlands gegen die Ukraine, und die Opfer auf beiden Seiten sind kaum zu zählen. Die NATO wird um Finnland und Schweden erweitert und NATO-Truppen werden dauerhaft in Litauen stationiert. Hat Russland mit dem Überfall auf die Ukraine nicht das Gegenteil dessen erreicht, was es angeblich erreichen wollte?

Gabriele Krone-Schmalz: Absolut richtig. Neue NATO-Mitglieder, hochgerüstete Kontingente in baltischen Staaten. Allein daran, dass Russland das in Kauf genommen hat – denn seien Sie sicher, dieses Risiko hat man auch in Moskau gesehen –, kann man ermessen, welch grosse Bedeutung die Ukraine für Russland hat. Das hätten die Experten im Westen wissen können.

Viele wissen ja gar nicht, dass im Osten des Landes schon seit über acht Jahren Krieg herrschte …

Genau das ist der Punkt. Und zwar mit – je nach Quelle – zwischen 10 000 und 14 000 zivilen Opfern. Solange wir Dinge ausblenden, die unbequem werden könnten, weil sonst das zelebrierte Bild von Gut und Böse ins Wanken kommt, solange ist es nahezu unmöglich, Zusammenhänge und Hintergründe zu erkennen. Mit anderen Worten, sich ein realistisches belastbares Bild zu machen.

Ausgangspunkt des Krieges in der Ostukraine waren der Streit um ein EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine und die Maidan-Unruhen in Kiew. Hat die Ukraine nicht das Recht, selbst zu bestimmen, mit wem sie kooperieren will.

Na selbstverständlich hat die Ukraine das Recht, diese Dinge selbst zu bestimmen. Aber dann sollten die Ukrainer diese Dinge auch wirklich selbst bestimmen und nicht zum Spielball geopolitischer Interessen gemacht werden. Es ist kein Geheimnis, wie viel Geld allein die USA in die sogenannte Entwicklung der Ukraine gesteckt haben. Die dafür zuständige Staatssekretärin Viktoria Nuland sprach Ende 2013 von insgesamt fünf Milliarden US-Dollar seit 1991, also seit der Unabhängigkeit der Ukraine.

Warum hat Russland die Republiken Donezk und Lugansk mit ihrer vornehmlich russischsprachigen Bevölkerung erst am 21. Februar 2022 anerkannt, obwohl sie vorher die ganze Zeit darum gebeten hatten?

Aus einem, wie ich finde, sehr vernünftigen Grund. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung in diversen westlichen Ländern spricht viel dafür, dass es Russland nicht darum geht, die Ukraine von der Landkarte zu tilgen, sondern einen ökonomisch wie auch politisch verlässlichen Partner an seiner Grenze zu haben, von dem keine Bedrohung ausgeht.

Würden Gespräche zwischen Russland und der Ukraine zur Lösung des Konfliktes reichen? Haben Sie eine Vorstellung, wie dieser schreckliche Krieg beendet werden könnte?

Nein, Gespräche zwischen Russland und der Ukraine reichen natürlich nicht. Um diesen Krieg zu beenden, gibt es keine andere Möglichkeit als zu reden, zu verhandeln. Und zwar erst mal verhandeln, um zu verhandeln. Jetzt sind Diplomaten gefragt und keine ideologisch geleiteten oder moralisch aufgeladenen Figuren, die ihre politischen Aktivitäten nicht bis zu Ende denken.

Wer für Frieden und Diplomatie eintritt, wird bis heute entweder nicht ernst genommen oder geschmäht. Sie haben in Ihrer Rede bei der Friedensdemo am 25. November 2023 in Berlin den fatalen Bekenntniszwang kritisiert, der sowohl in der Politik als auch in den Medien üblich geworden ist.

Dieser Bekenntniszwang stört mich schon lange. Das kommt mir vor wie das Lösen einer Eintrittskarte, um überhaupt debattieren zu dürfen. In Kategorien zu denken wie Entweder-oder beziehungsweise Gut und Böse, birgt grosse Gefahren.

Ich persönlich stehe weder auf der Seite Russlands noch auf der Seite der Ukraine, sondern auf der Seite der Menschen, die auf beiden Seiten für eine unprofessionell ausgeübte Politik verheizt werden. Ich finde tatsächlich nicht, dass man sich auf Entweder-oder-Positionen einlassen muss. Ein Sowohl-als-auch ist in den meisten Fällen nicht nur realistischer, sondern letztlich auch menschlicher.

Quelle: Neues Deutschland,
Kürzung: UW

Aktuelle Bücher aus dem WESTEND-Verlag

Gabriele Krone-Schmalz: Eiszeit – Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist, 262 S., Fr. 34.50

Eigentlich müsste über diese Frage offen gestritten werden. Stattdessen werden diejenigen, die Friedensverhandlungen mit Russland fordern, als Putin-Versteher diffamiert und ausgegrenzt. Und das, obwohl es um die wichtigste Frage überhaupt geht: das friedliche Zusammenleben. Gabriele Krone-Schmalz legt eine erweiterte und aktualisierte Neuausgabe ihres Buches «Eiszeit» vor. Seit Kriegsbeginn 2022 stellt sich für viele nicht mehr die Frage, ob man, wie im Untertitel dieses Buchs, von einer Dämonisierung Russlands reden kann. Denn was kann verbrecherischer sein, als ein Land zu überfallen? Wird also Russland nicht dämonisiert, sondern ist tatsächlich der Dämon, als der es immer und immer wieder beschrieben worden war? Aber stimmt das so? Wer sich mit der jüngeren Geschichte auseinandersetzt, kommt nicht umhin, sich zu fragen, wer hier agiert und wer reagiert.

Gabriele Krone-Schmalz: Russland verstehen – Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens, 220 S., Fr. 27.50

Wie ist es um die politische Kultur eines Landes bestellt, in dem ein Begriff wie «Russlandversteher» zur Stigmatisierung und Ausgrenzung taugt? Muss man nicht erst einmal etwas verstehen, bevor man es beurteilen kann? Gabriele Krone-Schmalz bietet in diesem Buch eine Orientierungshilfe für all jene, denen das gegenwärtig in den Medien vorherrschende Russlandbild zu einseitig ist. Antirussische Vorbehalte haben in Deutschland eine lange Tradition und sind in zwei Weltkriegen verfestigt worden. Auch im Ukraine-Krieg lässt sich ihre Wirksamkeit beobachten. Tatsächlich ist aber nicht nur das Verhältnis zwischen Russland, dem Westen und der Ukraine vielschichtiger, als es in der Regel dargestellt wird, sondern auch die russische Geschichte seit dem Ende des Kalten Krieges. Dass der Westen durch seine Arroganz gegenüber Russland viele Chancen verspielt hat, das zeigt dieses Buch. Der Gefahr, im Machtkampf künftiger Grossmächte zerrieben zu werden, ist Europa seit dem Ukraine-Krieg nähergekommen. Welche Politik sollten wir unter den aktuellen Bedingungen gegenüber Russland verfolgen?

Sevim Dagdelen: Die NATO – Eine Abrechnung mit dem Wertebündnis, 128 S., Fr. 22.50

75 Jahre nach ihrer Gründung scheint die NATO auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Eine blutige Spur sowie drei grosse Mythen ziehen sich durch die Geschichte des «Wertebündnisses» von seiner Gründung bis in die Gegenwart. Heute fordern der Stellvertreterkrieg gegen Russland in der Ukraine, soziale Verwerfungen durch exzessives Hochrüsten sowie die Einkreisung Chinas in Asien den Militärpakt in nie da gewesener Form heraus. Die NATO setzt auf Eskalation. Was mit der Lieferung von Helmen an die Ukraine begann, ist nun der Ruf nach Soldaten. Mit ihrer expansiven Geopolitik treibt die NATO die Welt näher an den Rand eines Dritten Weltkrieges als jemals zuvor. Es ist Zeit für eine Abrechnung, fordert Sevim Dagdelen.

Jonas Tögel: Kognitive Kriegsführung – Neuste Manipulationstechniken als Waffengattung der NATO, 252 S., Fr. 33.50

«Die Kognitive Kriegsführung könnte das fehlende Element sein, das den Übergang vom militärischen Sieg auf dem Schlachtfeld zum dauerhaften politischen Erfolg ermöglicht.» Seit dem Jahr 2020 treibt die NATO eine neue Form der psychologischen Kriegsführung voran: die sogenannte «Kognitive Kriegsführung» (Cognitive Warfare), die als die «fortschrittlichste Form der Manipulation» bezeichnet wird. Diese nimmt die Psyche jedes Menschen direkt ins Visier, mit einem ganz bestimmten Ziel: unseren Verstand wie einen Computer zu «hacken». Der Propagandaforscher Jonas Tögel erläutert die Hintergründe und Entstehungsgeschichte der Kognitiven Kriegsführung: vom Beginn moderner Kriegspropaganda vor 100 Jahren über die Militarisierung der Neurowissenschaften bis hin zu Zukunftstechnologien wie Nano-Robotern oder Neurowaffen. Und er zeigt, dass der Gedankenkrieg über sogenannte «Soft-Power-Techniken» bereits heute meist unbemerkt stattfindet.

Bestellungen bei der Buchhandlung
Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel
Telefon: 061 261 02 89,
Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Vortrag von
Gabriele Krone-Schmalz

Russland – und wie weiter?

5. Dezember 2024
Einlass: 18 Uhr, Beginn: 19 Uhr
Abendkasse: Fr. 20.–
Radisson Blu Hotel, Saal Berlin
Steinentorstrasse 25, 4051 Basel

Zwischen Russland und dem Westen herrscht Eiszeit. Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 sind die ohnehin abgekühlten Beziehungen auf einem historischen Tiefpunkt angelangt und scheinen auf lange Sicht irreparabel zu sein.

Nichtsdestotrotz ist eine neue europäische Friedensordnung erforderlich, die Russland miteinschliesst. Das Land ist Teil unseres Kontinents. Wie konnte es so weit kommen, nachdem die Ost-West-Konfrontation Ende der 80er Jahre überwunden schien? Wie lässt sich die Eskalationsspirale stoppen? Welche Perspektiven sind denkbar?

Biographie
Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz, geboren 1949, studierte Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und Slawistik. Von 1987 bis 1991 war sie Korrespondentin im ARD-Studio Moskau und moderierte anschliessend bis 1997 den ARD Kulturweltspiegel. Gabriele Krone-Schmalz erhielt zahlreiche Preise und Auszeichnungen: Dazu zählen unter anderem zweimal der Grimme-Preis und die Puschkin-Medaille.

Mehr Infos
www.friedensbewegung.ch

Reservation
mail@friedensbewegung.ch

Wissenschaftler:innen für den Frieden

Krieg als blosse Dummheit

Forschung und technologischer «Fortschritt» bescheren der Welt immer tödlichere Vernichtungssysteme. Dies steht in krassem Widerspruch zum Anspruch von Wissenschaftler:innen, die ihr Wirken als Engagement für eine bessere Welt beschreiben. Ein Essay.

Von Gabriela Neuhaus

Ein nebelverhangener Oktobertag in den Pyrénées-Orientales. Wir sind auf Ferienreise. Auf unserem Rundgang durch das von mittelalterlichen Bauten geprägte Dorf Ille-sur-Têt stossen wir, wie in Frankreich üblich, auf ein Kriegsdenkmal. In goldenen Buchstaben aufgeführt die Namen der Männer aus dem Dorf, die im Krieg von 1914-1918 gefallen sind. Wir zählen über hundert – erschreckend viele, für die kleine Gemeinde.

Nebst den auf rötlich schimmerndem Marmor eingravierten Namen weckt vor allem die darunter stehende Inschrift unsere Neugierde. Statt der üblichen pathetischen und vor Patriotismus triefenden Heldenfloskeln, widmeten die Veteranen der «Combattants d'Ille» ihren gefallenen Kameraden ein Plädoyer gegen Gewalt und Krieg:

«Ich glaube fest daran, dass Wissenschaft und Frieden über Ignoranz und Krieg triumphieren werden, dass sich die Menschen darauf einigen werden, nicht zu zerstören, sondern aufzubauen und dass jenen die Zukunft gehören wird, die am meisten getan haben gegen menschliches Leid.»

Unerwartete Worte, an diesem Ort. «Ein frommer Wunsch», würde die NZZ heutzutage leitartikeln. Und obendrein naiv, von einem etwas einfachen Gemüt...

Das Zitat stammt von Louis Pasteur, wie auf dem Stein vermerkt ist. Pasteur, der weit über die Grenzen Frankreichs gefeierte Wissenschaftler, dessen Namen wir mit bahnbrechenden Entdeckungen und Fortschritten verbinden: Pasteur gilt als Begründer der Mikrobiologie, ist der Erfinder des Pasteurisierens und hat zahlreiche Impfstoffe entwickelt. Aber war Pasteur, der prestigebewusste Forscher und Gründer des nach ihm benannten Institut Pasteur, das bis heute zu den weltweit führenden Zentren für biologische und medizinische Grundlagenforschung gehört, auch ein Friedensbotschafter? – Das war mir bislang nicht bekannt.

Wenn man sich's etwas genauer überlegt und in Zusammenhängen denkt, ist dies allerdings naheliegend und nichts anderes als eine logische Konsequenz seines Wirkens: Wie sollte ein überragender Wissenschaftler, der sich den Kampf gegen Krankheit und Tod zur Lebensaufgabe gemacht hat, die *menschengemachte* tödliche Seuche billigen und nicht bekämpfen?

Promotoren einer friedlicheren Welt

Pasteurs deutliche Friedensworte stammen aus einer Rede, die er 1892 anlässlich der Feier zu seinem 70. Geburtstag an der Sorbonne gehalten hat. Damals galt er bereits als «lebendes Symbol des wissenschaftlichen Fortschritts, der Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur in der Lage schien, tödliche Krankheiten zu besiegen, sondern auch das Wohlergehen von Individuen und Gesellschaft zu befördern», wie es eine Biographin beschrieben hat.

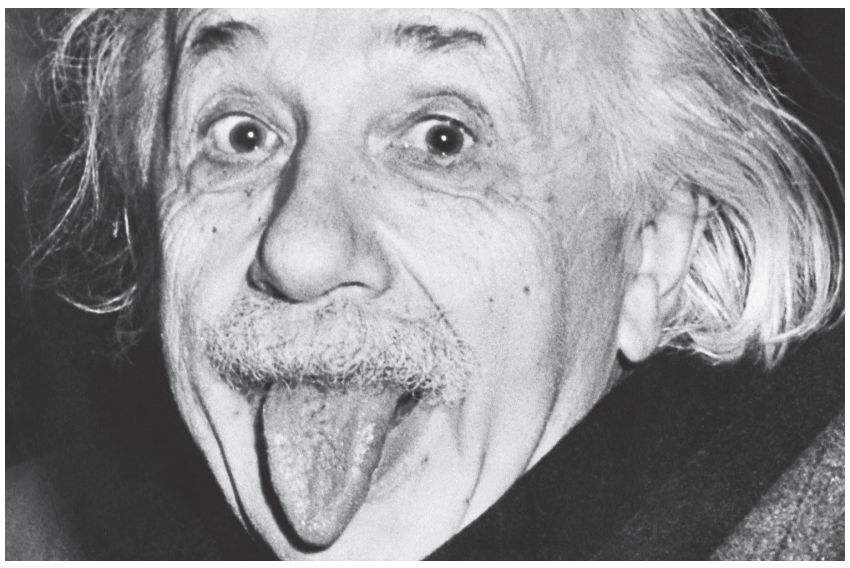
Viele Wissenschaftler und Intellektuelle stellten sich damals explizit in den Dienst der Gesellschaft. Wer forschte, tat dies, um die Menschheit voranzubringen, Humanismus als Leitfaden der Universalgelehrten. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen und Berichterstattungen aus dem Krim- oder dem Deutsch-Französischen Krieg, wurden gerade in diesen Kreisen vermehrt Stimmen laut, die sich gegen die militärische Austragung von Konflikten richteten und für Friedensförderung einsetzten.

Zu den naturwissenschaftlich geprägten Promotoren einer friedlicheren Welt gehörte auch Alfred Nobel, der Erfinder des Dynamits und Stifter des Nobelpreises. Ausgerechnet Nobel, der als Sohn eines Rüstungsproduzenten selber im Waffengeschäft tätig war. Seine Haltung zum Krieg war denn auch durchaus zwiespältig, stammte doch ein Teil seines riesigen Vermögens aus der Pulver- und Kriegsproduktion. Gleichzeitig stand Nobel während Jahren in engem Austausch mit der Schriftstellerin und Friedensaktivistin Bertha von Suttner. Ihre Haltung und Argumente dürften mit ein Grund gewesen sein, weshalb Nobel in seinem Testament bezüglich der Auszeichnung für Menschen, «die im vergangenen Jahr der Menschheit den grössten Nutzen erbracht haben» nebst den Sparten Physik, Chemie, Medizin und Literatur auch das Thema Frieden nannte. Die Pazifistin Bertha von Suttner war denn auch die erste Frau, die 1905 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Aber auch unter den Nobelpreisträger:innen der wissenschaftlichen Disziplinen gab und gibt es auffallend viele gescheite und berühmte Menschen, die sich vehement gegen Krieg und für den Frieden einsetzten und weiterhin einsetzen. Von den allerwenigsten ist dies allerdings bekannt, nur wenige holten sich damit auch Meriten.

Widerwillen gegenüber Grausamkeit und Hass

Der berühmteste Pazifist unter den Nobelpreisträgern dürfte Albert Einstein gewesen sein. Schon als Jugendlicher war er ein Kriegsgegner und wurde 1896 aus Württemberg ausgebürgert, weil er sich weigerte, Militärdienst zu leisten. 1914 unterzeichnete Einstein als einziger renommierter Wissenschaftler den «Aufruf an die Europäer», mit welchem der deutsche Arzt und Pazifist Georg Friedrich Nicolai versuchte, der verbreiteten Kriegseuphorie einen Friedensappell entgegenzusetzen und davor warnte, dass dieser Krieg «wohl kaum einen Sieger, sondern wahrscheinlich nur Besiegte» zurücklassen werde.

Wie Recht er hatte – und doch konnten sich Pazifist:innen und Kriegskritiker:innen nicht das notwendige Gehör verschaffen. Diesbezüglich hat sich in den letzten hundert Jahren leider nichts geändert.



Albert Einstein, 1951. Quelle: Wikimedia.

Damals wie heute gilt, wer Krieg in Frage stellt oder gar bekämpft, schnell als Staatsfeind und riskiert gesellschaftliche Ächtung und drastische Strafen. So wie zum Beispiel der spätere Literaturnobelpreisträger Bertrand Russell, der sich 1914 vehement gegen einen Kriegseintritt Grossbritanniens engagierte und dafür nicht nur eine mehrmonatige Gefängnisstrafe kassierte, sondern auch seinen Lehrstuhl für Philosophie, Mathematik und Logik an der Eliteuniversität Cambridge verlor. Im Rückblick begründete Russel sein damaliges Engagement mit den Worten: «Ich war niemals im theoretischen Sinne Pazifist. Der Erste Weltkrieg schien mir von allen Seiten eine blosse Dummheit, beide Seiten hätten den Krieg vermeiden können. Deshalb war ich gegen den Krieg.»

Einsteins Engagement gegen Gewalt und Krieg war grundsätzlicherer Natur: Der Gedanke des Mords an einem menschlichen Wesen erfülle ihn mit Abscheu, begründete er Ende der 1920er Jahre seine pazifistische Haltung. Diese sei nicht von intellektueller Theorie, sondern «von einem tiefen Widerwillen gegenüber jeglicher Art von Grausamkeit und Hass motiviert.»

Angesichts des wachsenden Antisemitismus und der Machtergreifung durch Hitler in Deutschland, knickte Einstein jedoch schliesslich ein und schloss sich der allgemein verbreiteten Meinung an, das Nazi-Regime könne nur militärisch bekämpft werden. 1939 hat er schliesslich einen Brief mitunterschrieben, der den US-amerikanischen Präsidenten Theodor Roosevelt vor der Gefahr einer nuklearen Bedrohung durch Deutschland warnte, was später als Auslöser für die Entwicklung der ersten US-amerikanischen Atombomben taxiert wurde. Ein Engagement, das Einstein nach dem US-amerikanischen Atombombeneinsatz in Japan als «schweren Fehler» bezeichnete und bereute.

Nicht nur für Einstein, auch für viele andere Wissenschaftler:innen war der Abwurf der A-Bomben auf Nagasaki und Hiroshima ein Schockereignis. Plötzlich stand die Frage nach der Verantwortung von Wissenschaft und Forschung wieder im Brennpunkt. Diesmal jedoch nicht in Bezug auf Fortschritt und Wohlergehen. Jetzt ging es um nichts weniger als die Erkenntnis, dass die in der wissenschaftlichen Forschung Tätigen die Menschheit in die Lage versetzt hatten, sich selber auszulöschen.

Im 1955 veröffentlichten Russell-Einstein-Manifest warnten Wissenschaftler eindringlich vor der nuklearen Aufrüstungsspirale und wiesen darauf hin, «dass diejenigen Männer, welche am meisten wissen, die ärgsten Befürchtungen haben».

Stimmen der Vernunft

Zwar steht bei den meisten Initiativen, die seit den 1950er Jahren von Wissenschaftler:innen gegen Aufrüstung und Krieg ergriffen wurden, die überragende Gefahr durch nukleare Waffen im Zentrum. Doch letztendlich geht es um mehr, wie die aktuelle Aufrüstungsspirale mit den durch neue Technologien immer perfider und vernichtender wirkenden Waffen zeigt. Der Physiker und Mitunterzeichner Joseph Rotblad hatte es bereits anlässlich der Präsentation des Russel-Einstein-Manifests im Sommer 1955 auf den Punkt gebracht, als er sagte: «Um die Zukunft der Menschheit zu sichern, müssen wir nicht nur die Instrumente der Kriegsführung vernichten, sondern den Krieg selbst.» Solange Krieg ein gesellschaftlich anerkanntes Mittel sei, um Konflikte zu lösen, bestehe die Gefahr, dass Massenvernichtungswaffen zum Einsatz kommen. Deshalb sei es zu einer dringenden Notwendigkeit geworden, so Rotblad, eine Welt ohne Krieg zu erschaffen.

Rotblad, der für sein Engagement gegen Atomwaffen 1995 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, ist heute in Vergessenheit geraten. Seine Erkenntnisse und Mahnungen interessieren die heutigen Kriegstreiber:innen genauso wenig, wie alle anderen Stimmen der Vernunft, die sich regelmässig im gleichen Sinne äussern.

Pasteurs Vision einer Gesellschaft, in der Wissenschaftler:innen auf allen Seiten Krieg als blosse Dummheit verurteilen und sich der Friedensförderung verpflichten, scheint mir heute weiter entfernt denn je. Wer könnte spontan Namen gegenwärtiger Spitzen-Forscher:innen nennen, die dem aktuellen Kriegstreiben die Stirn bieten?

Friedensbewegung

Eindrücke vom Weltfriedenstag 2024

Der 21. September wurde von der UNO-Generalversammlung zum Internationalen Tag des Friedens ausgerufen – ein Tag, an dem weltweit die Waffen ruhen sollen. Er steht für die Einstellung aller Feindseligkeiten und gewaltsamen Auseinandersetzungen und ist ein Aufruf, uns im Rahmen unserer Möglichkeiten aktiv für den Frieden einzusetzen.

Die Schweizerische Friedensbewegung SFB hat diesen Tag zum Anlass genommen, um in der Woche rund um den 21. September in verschiedenen Städten der Schweiz auf die Strasse zu gehen und die Bevölkerung für das Thema Frieden zu sensibilisieren. Mit Standaktionen, Informationsmaterialien und Gesprächen wurde die Bevölkerung über die dramatischen Folgen von Krieg und Aufrüstung sowie die dringend notwendige Suche nach friedlichen Lösungen informiert.

Die Aktionen der SFB richteten sich dieses Jahr insbesondere gegen die zunehmende Annäherung der Schweiz an die NATO und die Gefahren, die eine solche militärische Ausrichtung für die Neutralität und Sicherheit des Landes mit sich bringt. Der Internationale Tag des Friedens erinnert uns alle daran, dass der Einsatz für eine friedlichere Welt jeden Tag notwendig ist.

Aktion am Weltfriedenstag in Basel.

Aktionen um den Weltfriedenstag in Bern (oben), Zürich (Mitte) und Winterthur (unten).

Repression gegen Anti-Atomwaffen-Aktivist:innen

Friedensaktivismus unter Druck

In Europa stehen Aktivist:innen, die sich gegen die Militarisierung und die Präsenz von Atomwaffen auf NATO-Stützpunkten engagieren, zunehmend unter Druck. In Deutschland richtet sich der Widerstand insbesondere gegen die Büchel Air Base, da dort US-Atomwaffen stationiert sind – ein symbolträchtiges Ziel für antiimperialistische Atomwaffengegner:innen. Die amerikanische Aktivistin Susan Crane, der Veteran Dennis DuVall und die Niederländerin Susan van der Hijden sind prominente Beispiele für die Repressionen, denen sich diese Friedensaktivist:innen ausgesetzt sehen. Für ihre gewaltfreien Proteste wurden und werden sie inhaftiert und teilweise auch mit Abschiebungen bedroht.

Von Ephraim Piatti

Angesichts der militärischen Aufrüstung, die viele Staaten als «notwendige Sicherheitsmassnahme» betrachten, wächst der politische und rechtliche Druck auf Friedensaktivist:innen. Für sie ist der Einsatz gegen Militarisierung und Atomwaffen mehr als nur Protest: Er ist eine dringende moralische Verpflichtung. Besonders in Deutschland geraten Aktivist:innen häufig in Konflikt mit den Behörden, wenn sie ihre Stimme erheben. Die gewaltfreien Aktionen gegen die Stationierung von Atomwaffen werfen dabei nicht nur Fragen über den Einsatz staatlicher Gewalt gegen friedliche Aktivist:innen auf, sondern auch über die rechtlichen Grundlagen solcher Repressionen.

Die rechtliche Auslegung des zivilen Ungehorsams spielt dabei eine entscheidende Rolle: Aktivist:innnen wie Crane, DuVall und van der Hijden pochen auf juristische Grundsätze und sehen sich moralisch verpflichtet, durch ihre Aktionen die Öffentlichkeit auf die Gefahren von Militarisierung und Atomwaffen aufmerksam zu machen. Insbesondere die Nürnberger Prinzipien, die individuelles Eingreifen gegen Bedrohungen und Kriegsverbrechen als Bürgerpflicht festschreiben, oder die Menschenrechte dienen den Aktivist:innen als rechtliche Grundlage für ihre Proteste. Diese Prinzipien fordern Bürger:innen auf, sich gegen Bedrohungen für die Menschheit einzusetzen – eine Verpflichtung, die von den Aktivist:innen als legitimer Grund für ihre Aktionen ausgelegt wird. Die staatlichen Stellen hingegen sehen ihre Souveränität in Frage gestellt, was sachgebunden zu einer Kriminalisierung friedlicher Aktivist:innen führt.

Susan Crane: Inhaftierung einer Friedensaktivistin

Die US-Amerikanerin Susan Crane ist eine prominente Persönlichkeit der internationalen Friedensbewegung und eng mit dem Catholic Worker Movement verbunden. Diese Organisation setzt sich für soziale Gerechtigkeit, Arbeiter:innenrechte und gegen Militarismus ein, getragen von religiösen und humanistischen Werten. Cranes Engagement führte sie nach Deutschland, wo sie gemeinsam mit anderen Aktivist:innen in einer symbolischen Aktion das Gelände der Büchel Air Base betrat, um auf die Gefahren der dort stationierten Atomwaffen aufmerksam zu machen. Ihre Protestaktionen führten zu wiederholten Verhaftungen und Haftstrafen sowohl in Deutschland als auch in den USA.

Crane sieht ihr Engagement als Ausdruck ihres tiefen Glaubens und ihrer moralischen Überzeugung, dass eine Welt ohne Atomwaffen sicherer wäre. Sie verweist auf die katholische Soziallehre, die sie verpflichtet, Unrecht zu erkennen und dagegen aktiv vorzugehen. Ihre mehrfachen Inhaftierungen verdeutlichen, dass Aktivist:innen für ihren friedlichen Einsatz gegen militaristische Strukturen kriminalisiert werden. Auch zeigt sich, dass selbst gewaltfreie Proteste gegen Atomwaffen als Sicherheitsrisiko vom Staat oft als Bedrohung der eigenen Legitimität wahrgenommen werden – und er darauf mit dem immergleichen Mittel reagiert: Gewalt.

Dennis DuVall: Ein Veteran im Dienst des Friedens

Der US-amerikanische Veteran Dennis DuVall ist Mitglied der Organisation Veterans for Peace, die sich gegen Gewalt in der Konfliktbewältigung ausspricht und sich für Frieden einsetzt. DuVall, mittlerweile 81 Jahre alt, engagiert sich seit vielen Jahren für die nukleare Abrüstung und hat dabei das Risiko strafrechtlicher Verfolgung bewusst in Kauf genommen. Im Jahr 2023 drang er erneut auf die Büchel Air Base ein, was ihm nun eine mögliche Abschiebung aus Deutschland einbringen könnte.

DuVall beruft sich auf die Nürnberger Prinzipien, die seiner Auffassung nach nicht nur militärische Führungen, sondern auch Zivilpersonen verpflichten, gegen Bedrohungen für die Menschheit aktiv vorzugehen. Diese Verantwortung, die Menschheit vor potenziellen Katastrophen zu schützen, motiviert ihn und andere, ihre gewaltfreien Aktionen fortzusetzen – auch angesichts staatlicher Repressionen.

Susan van der Hijden (links) und Susan Crane zusammen mit Gerd Buentzly von Veterans for Peace, den ebenfalls eine Gefängnisstrafe in Deutschland erwartet. Quelle: zVg.

Susan van der Hijden: Gegen Atomwaffen

Die niederländische Friedensaktivistin Susan van der Hijden ist für ihre wiederholten Protestaktionen gegen die Büchel Air Base bekannt. In den letzten Jahren hat sie an mehreren gewaltfreien Aktionen teilgenommen, um auf die Gefahren hinzuweisen, die von den dort gelagerten Atomwaffen ausgehen. Van der Hijden betrachtet ihre Handlungen als moralische Pflicht und verweist auf die Menschenrechte, die ihrer Meinung nach friedliche Protestaktionen gegen Massenvernichtungswaffen rechtfertigen. Die staatlichen Behörden reagierten auf ihre wiederholten Proteste mit Inhaftierungen. Sie sieht ihre Aktivitäten jedoch als Teil einer notwendigen globalen Bewegung gegen die Gefahr, die von Nuklearwaffen ausgeht und ist davon überzeugt, dass die Menschheit eine moralische Verantwortung hat, solche Bedrohungen zu beseitigen, bevor sie zur Realität werden.

Den Staat hinterfragen

Die Fälle von Crane, DuVall und van der Hijden verdeutlichen die staatliche Repression gegen friedliche Bewegungen, die sich für eine atomwaffenfreie und entmilitarisierte Welt einsetzen. Diese Aktivist:innen greifen vor allem auf gewaltfreie Protestformen zurück und legitimieren ihr Handeln durch juristische Prinzipien. Doch die Staaten, deren Interessen durch Proteste gegen Atomwaffen beeinträchtigt werden, interpretieren dieselben rechtlichen Prinzipien oft einfach zu ihren eigenen Gunsten – und setzen ihr Interpretation mit ihrem Gewaltmonopol durch. Die Frage nach der Verhältnismässigkeit dieser Mittel bleibt dabei ebenfalls dem Staat überlassen, der die einzige Instanz ist, der über die Konstituierung und das Durchsetzen solcher Prinzipien verfügen kann.

Viele Staaten, zumindest solche, die Atomwaffen besitzen, betrachten die nukleare Abschreckung weiterhin als notwendiges und legitimes Mittel zur Sicherung nationaler und internationaler Stabilität. Auch wenn es Stimmen gibt, die auf die immensen Risiken hinweisen, entzieht sich die Entscheidung darüber dennoch meist dem Einfluss dieser Stimmen. Friedensaktivist:innen haben recht damit, dass diese Haltung die Gefahr eines katastrophalen Krieges birgt, der die Welt und die Menschheit zerstören könnte. Hier deutet sich aber ein unklares Verständnis darüber an, für was ein Staat und für wen ein Staat da ist.

In einer Zeit zunehmender internationaler Spannungen erinnern Aktivist:innen wie Crane, DuVall und van der Hijden daran, dass der Einsatz für Frieden oft einen hohen persönlichen Preis fordert. Die zunehmenden Repressionen, denen sie und andere Aktivist:innen ausgesetzt sind, werfen grundlegende Fragen auf, die über die individuellen Fälle hinausreichen. Sie zwingen uns, zu hinterfragen, für welche Interessen dieser Staat eingerichtet ist – und ob ein Staat, der friedliche Proteste kriminalisiert, langfristig tatsächlich die eigenen Werte aufrechterhalten kann und will.

Rüstungsdebatte in der Schweiz

Bevölkerung fordert Diplomatie

Inmitten steigender Militärausgaben und der Unterstützung für die Ukraine zeigt eine aktuelle Umfrage, dass die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung eine schnelle diplomatische Lösung des Konflikts befürwortet und gegen eine weitere Aufrüstung ist. Diese Diskrepanz zwischen den politischen Entscheidungen und den Wünschen der Bevölkerung wirft Fragen zur Haltung der etablierten Parteien auf.

Von Timeo Antognini

Die westeuropäischen Staaten befinden sich aktuell in einem regelrechten Rüstungswahn. Riesige Mengen an Waffen werden in die Ukraine geliefert und die Regierungen nutzen den Ukraine-Krieg und das Feindbild Russland, um in den eigenen Ländern massive Militärausgaben durchzusetzen. In der Schweiz ist dies nicht anders, das Militärbudget steigt und die meisten grossen Parteien stehen felsenfest hinter der Unterstützung für die Ukraine; sogar die Lockerung von «Waffenweitergaben» an die Ukraine steht im Raum. Doch was ist eigentlich die Meinung der Schweizer Bevölkerung?

Eine im Juli vom European Council on Foreign Relations (ECFR) veröffentlichte Studie gibt einen Einblick. Die Organisation führte in verschiedenen europäischen Ländern, auch der Schweiz, Umfragen zum Ukraine-Krieg durch.

Für Friedensverhandlungen

Die Ergebnisse zeigen, dass der Rückhalt für militärische Unterstützung der Ukraine in der europäischen Bevölkerung viel geringer ist als bei den Regierungen, die sie repräsentieren. Insbesondere zwei erfasste Statistiken sind für die Schweiz und für diesen Artikel von Bedeutung. Die erste befasste sich mit dem weiteren Vorgehen Europas im Ukraine-Krieg. Die Teilnehmer:innen wurden gefragt, ob Europa die Ukraine zu Friedensverhandlungen forcieren oder sie weiter bedingungslos unterstützen sollte, um das verlorene Territorium zurückzugewinnen. In der Schweiz befürworteten 42 Prozent die Forcierung von Friedensverhandlungen, nur 29 Prozent sprachen sich für eine bedingungslose Unterstützung aus. Weitere 30 Prozent standen beiden Optionen neutral gegenüber oder lehnten beide ab. Wenn diese Statistiken stimmen, dann können wir festhalten, dass in der Schweiz mehr Menschen eine schnelle diplomatische Lösung des Konfliktes als die bedingungslose Unterstützung der Ukraine wünschen. Dies unterstreicht wiederum die immensen Unterschiede zwischen öffentlicher Meinung und der Darstellung des Themas in den Massenmedien, wo jeder, der Waffenlieferungen kritisiert, als Putin-Sympathisant angegriffen wird.

Widersprüche der Parteien

Eine zweite Frage befasste sich mit dem Thema der Aufrüstung aufgrund des Ukraine-Kriegs. Die Frage lautete, ob aufgrund des Krieges eine Aufrüstung im eigenen Land nötig sei. In der Schweiz befürworteten 23 Prozent eine weitere Aufrüstung, 54 Prozent stimmten dagegen (24 Prozent der Befragten sprachen sich gegen beide Optionen aus oder waren unentschlossen). Somit stellt sich die Schweizer Bevölkerung gemäss dieser Umfrage klar gegen jede weitere Aufrüstung.

Zusammenfassend erkennen wir also, dass sich breite Bevölkerungsschichten, wenn nicht sogar eine Mehrheit, trotz steter bellizistischer und anti-russischer Propaganda der Medien gegen Aufrüstung und für eine diplomatische Lösung des Konfliktes aussprechen.

Nun stellt sich in der Schweiz die Frage, welche Partei sowohl Abrüstung wie auch internationale politische Entspannung und Diplomatie befürwortet. Die Antwort: keine der grossen etablierten Parteien. Während sich die SP und die Grünen eher für Abrüstung in der Schweiz einsetzen, unterstützen und befürworten sie Waffenlieferungen Europas und somit auch eine weitere Eskalation des Konfliktes. Sie kümmern sich nicht um die Schweizer Neutralität und die mögliche Vermittlerrolle, die das Land für die Beendung des Konfliktes einnehmen könnte. Auf der anderen Seite befürwortet die SVP die Neutralität der Schweiz, setzt sich aber gleichzeitig für eine massive Aufrüstung ein.

Friedensbewegung stärken

Um eine kohärente Partei zu finden, die sich sowohl für Diplomatie und Neutralität wie auch für Abrüstung einsetzt, muss man sich bei den kleinen Linksparteien wie der Partei der Arbeit (PdA) umschauen, die im Moment schweizweit ungenügend etabliert sind. Ziel muss es sein, solche Parteien zu stärken und somit den Menschen, die Diplomatie und Abrüstung möchten, eine echte Alternative zu geben. Dazu braucht die Schweiz eine starke und geeinte Friedensbewegung sowie engagierte Parteien, die in dieser eine aktive Führungsrolle übernehmen.

Friedenskundgebung in Zürich, September 2023.

Konferenz gegen Apartheid, Siedlungen und Völkermord

Israel zur Rechenschaft ziehen!

Am 19. Oktober fand in Brüssel die Konferenz «Zu einer europäisch-palästinensischen Koalition gegen Apartheid, Siedlungen und Völkermord» statt. Initiator war die im letzten Jahr gegründete Europäisch-Palästinensische Initiative gegen Apartheid und Siedlungen. Die Teilnehmer aus etwa 20 europäischen Ländern, vor allem der EU sowie der Schweiz und UK, kamen aus politischen Parteien, aus dem gewerkschaftlichen Bereich, Menschenrechtsorganisationen und Palästina-Solidaritätsinitiativen. Die europäische Konferenz folgte einer nationalen Konferenz, die vom Anti-Apartheid-Departement der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, unter der Leitung von Exekutivmitglied Ramzi Rabah, im Dezember 2022 in Ramallah einberufen wurde. An dieser fanden sich Vertreterinnen und Vertreter der palästinensischen Zivilgesellschaft zusammen, um zur Bildung einer globalen Front gegen die israelische Apartheid und Kolonisierung aufzurufen. Im Folgenden dokumentieren wir die Erklärung der Brüsseler Konferenz.

Wir, die Teilnehmer der Konferenz aus 20 europäischen Ländern, die ein breites und vielfältiges Spektrum von politischen Parteien, Studenten, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Verbänden, Gewerkschaften, akademischen und kulturellen Persönlichkeiten, politischen und Menschenrechtsaktivisten repräsentieren, sind nach intensiven Diskussionen und durch wichtige Arbeitsdokumente, Forschungsarbeiten und Studien zu den folgenden Schlussfolgerungen gelangt, die als Leitfaden für die Arbeitsstrategie der europäischen Koalition in der nächsten Phase dienen werden.

Auf der Konferenz wurden der völkermörderische Krieg und die ethnische Säuberung erörtert, die Israel gegen die besetzten palästinensischen Gebiete des Gazastreifens, des Westjordanlands und Ostjerusalems führt. Es handelt sich um eine Aggression, die in ihrer Brutalität und Blutigkeit in der zeitgenössischen Geschichte beispiellos ist. Eine Aggression, die Zehntausende von Kindern, Frauen und männlichen Zivilisten das Leben gekostet hat, und zwar durch eine systematische israelische Politik, die darauf abzielt, den Gazastreifen in ein verbranntes und unbewohnbares Land zu verwandeln, mit dem Ziel, die Bevölkerung zu vertreiben und sie vor die Wahl zwischen Tod oder Vertreibung und Entwurzelung zu stellen. Angesichts dieser Grausamkeiten und Schrecken ruft die Konferenz die Bevölkerung aller Länder, insbesondere der europäischen Länder, dazu auf, alle Druckmittel einzusetzen und alle verfügbaren Massnahmen zu ergreifen, um die israelische Besatzungsregierung zu zwingen, ihre Aggression gegen den Gazastreifen unverzüglich einzustellen, die Belagerung aufzuheben und humanitäre, medizinische, Nahrungsmittel- und andere Hilfslieferungen zuzulassen. Die andauernde Belagerung von 400 000 Palästinensern im nördlichen Gazastreifen, die unter Hunger leiden, muss sofort beendet werden. Die Besatzung muss wieder aufbauen, was sie in Gaza zerstört hat.

Die Konferenz fordert die Beendigung der israelischen Besatzung der besetzten palästinensischen Gebiete, wobei der Gazastreifen, das Westjordanland und Ostjerusalem als eine einzige territoriale Einheit des in internationalen Resolutionen anerkannten palästinensischen Staates zu betrachten sind, und dem palästinensischen Volk die Möglichkeit zu geben, sein Selbstbestimmungsrecht zu verwirklichen, indem ein unabhängiger palästinensischer Staat mit voller Souveränität gegründet wird, mit Jerusalem als Hauptstadt, und dem Recht der Flüchtlinge, in Umsetzung der UN-Resolution Nr. 194, auf Rückkehr in ihre Heimstätten, aus denen sie 1948 vertrieben wurden. (…)

Die Konferenz ruft die europäischen Länder auf, Verfahren einzuleiten, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen und es zu zwingen, das Völkerrecht einzuhalten, insbesondere die vier Genfer Konventionen und die jüngsten Resolutionen des Sicherheitsrats und der Generalversammlung, um die Verbrechen des Völkermords und der umfassenden Zerstörung, denen das palästinensische Volk ausgesetzt ist, zu beenden. In diesem Zusammenhang fordern wir die europäischen Länder zu Folgendem auf:

• die Partnerschaftsabkommen und der Handels- und Wirtschaftskooperation mit dem israelischen Besatzungsstaat zu kündigen, um ihn zu zwingen, von seinem System rassistischer Gesetze abzuweichen, zu denen in erster Linie das jüdische Nationalstaatsgesetz und das jüngste Projekt zur Annexion des Westjordanlandes und Jerusalems gehören, um das zu errichten, was sie Gross-Israel nennen, und um ihn zu zwingen, das Völkerrecht und die Resolutionen der Vereinten Nationen einzuhalten.

• die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen. Die fortgesetzte Waffenlieferung ist als Komplizenschaft bei Kriegsverbrechen und Völkermord zu werten. Die Verantwortlichen sind rechenschaftspflichtig. Waren aus den Siedlungen und all dessen, was mit den Siedlungen auf verschiedenen Ebenen zu tun hat, sind zu boykottieren, wie Unternehmen, die in den Siedlungen tätig sind und auf der schwarzen Liste der Vereinten Nationen stehen. Die weltweite BDS-Bewegung zum Boykott Israels und zur Desinvestition spielt hierzu eine proaktive und wirksame Rolle.

• den Staat Palästina und seines Rechts auf Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen zu anerkennen, ähnlich der Haltung einer Reihe von europäischen Ländern wie Spanien, Irland und Norwegen.

• die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 13. September 2024, unverzüglich, bedingungslos und vollständig umzusetzen, im Einklang mit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, welches die Beendigung der illegalen israelischen Besetzung der besetzten palästinensischen Gebiete verlangt.

• Wir fordern die europäischen Länder auf, den Antrag Palästinas auf Aussetzung der Mitgliedschaft Israels in der Generalversammlung zu unterstützen und den israelischen Diplomaten bei den UN die Akkreditierung zu entziehen, bis es sich an die UN-Resolutionen hält und dem UNRWA erlaubt, in Palästina (Westbank und Gaza) zu arbeiten.

• den Kampf des palästinensischen Volkes in den Gebieten von 1948 zu unterstützen, um die Politik der Rassendiskriminierung abzuschaffen, die Israel gegen das palästinensische Volk in diesen Gebieten praktiziert. Diese bestehen darin, ihm seine Grundrechte vorzuenthalten, insbesondere die Anerkennung seiner nationalen Rechte, das Recht auf Gleichheit und die Bürgerrechte, besonders nach der Verschärfung der Apartheid und der Verstösse der rechtsextremen rassistischen Regierung, die Terrorismus, Kriegsverbrechen und Völkermord gegen das gesamte palästinensische Volk begeht.

• alle palästinensischen Gefangenen freizulassen, die unrechtmässig inhaftiert, gefoltert und misshandelt werden und denen eine angemessene medizinische Versorgung vorenthalten wird, insbesondere den Kindern.

• die Rolle und die Kontinuität der Arbeit des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) zu schützen und die Versuche Israels zurückzuweisen, seinen Sitz zu schliessen und seine Einrichtungen zu zerstören. Das UNRWA ist die wichtigste internationale Institution, die mit höchster Effizienz und Präzision Hilfsdienste für Flüchtlinge leistet und gleichzeitig das internationale Engagement für die Flüchtlinge und ihr Recht auf Rückkehr zum Ausdruck bringt.

• sich der Klage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof anzuschliessen wegen des von Israel begangenen Völkermords am palästinensischen Volk. Vom Internationalen Strafgerichtshof zu fordern, Haftbefehle gegen die Kriegsverbrecher Netanjahu und seinen Kriegsminister Galant auszustellen wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

• von der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu fordern, das Übereinkommen zur Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid zu aktivieren. Dieses ständige und etablierte Übereinkommen ist 1976 in Kraft getreten, um das damalige Apartheidregime in Südafrika zur Verantwortung zu ziehen.

Aktivisten der Schweizerischen Friedensbewegung an der nationalen Solidaritäts-Demonstration für Palästina in Basel, Oktober 2024. Quelle: UW.

• eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen einzureichen und zu unterstützen, den UN-Sonderausschuss gegen Apartheid wieder einzusetzen.

• die gemeinsamen Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Institutionen, globalen Gewerkschaften und anderen akademischen, kulturellen, sozialen Institutionen und Organisationen zu intensivieren, um die Mitgliedschaft Israels in diesen Gewerkschaften und Institutionen auszusetzen, bis es das internationale Recht einhält

Die Teilnehmer der europäisch-palästinensischen Konferenz gegen Apartheid, Siedlungskolonien und Völkermord bestätigen, dass sie sich von den in dieser Erklärung erzielten Ergebnissen der Konferenz leiten lassen: in ihrer strategischen Arbeit in der politischen, parlamentarischen und staatlichen Öffentlichkeit, in rechtlicher Hinsicht und in internationalen Institutionen. Die Kampagne des Drucks der Bevölkerung, der Medien und der Parlamente auszuweiten und zu verstärken, hat einen bedeutenden Einfluss, um Veränderungen herbeizuführen, die das Apartheid- und koloniale Siedlungssystem besiegen werden.

Wir haben beschlossen, mit vereinten Kräften Volks-, Medien- und Kulturkampagnen in jedem europäischen Land und auf der Ebene der gesamten Europäischen Union zu organisieren. Wir blicken mit Zuversicht in die Zukunft und auf die Erweiterung der europäischen Koalition und die Stärkung der Koordinations- und Kooperationsbeziehungen mit Solidaritäts- und Advocacy-Komitees in einer Weise, die gemeinsamen Zielen dient. (…)

Kürzung: UW

Offener Brief

Kriegsverbrechen Einhalt gebieten

Brian Eno und Yanis Varoufakis appellieren in einem Offenen Brief an den Internationalen Strafgerichtshof, seine Pflicht zu tun. Offensichtliche Kriegsverbrechen in Israel/Palästina müssten strafrechtlich verfolgt werden, damit Völkermord nicht weltweit normalisiert wird.

Sehr geehrte Richter:innen des Internationalen Strafgerichtshofs

Als wir im Januar erfuhren, dass Sie sich entschieden haben, sich mit der Situation in Israel/Palästina zu befassen, waren wir ermutigt. Die Menschheit braucht einen Internationalen Strafgerichtshof, der Rechtsstaatlichkeit aufrechterhält und bereit ist, schwerwiegende Vorwürfe von Völkerrechtsverletzungen zu untersuchen.

Heute, am 7. Oktober 2024, genau ein Jahr nach dem Beginn der jüngsten und brutalsten Phase des 76-jährigen israelisch-palästinensischen Konflikts, fühlen wir uns verpflichtet, Sie direkt anzusprechen. Nicht nur wegen der zunehmenden Grausamkeit dessen, was westlich des Jordans geschieht, sondern auch wegen des gefährlichen Präzedenzfalls, der geschaffen würde, wenn ein Staat so weit ausserhalb des internationalen Konsenses über akzeptables Verhalten in Konfliktzeiten agieren kann. Wenn solche Verstösse nicht von einem Gericht wie dem Ihren sanktioniert werden, werden Staaten in Zukunft Kriegsverbrechen mit grösserer Straflosigkeit begehen.

Es ist mittlerweile unbestreitbar: Die israelische Regierung hat sich vorgenommen, systematisch jeden Aspekt des palästinensischen Lebens im Gazastreifen zu zerstören. Wir haben bereits Folgendes gesehen:

- Die intensivsten Bombardierungen eines dicht besiedelten städtischen Gebiets in jüngerer Geschichte
- Die vorsätzlichste Aushungerung einer Bevölkerung seit dem Zweiten Weltkrieg
- Die systematische Zerstörung von Gesundheitseinrichtungen
- Eine beispiellose Zahl von getöteten Journalist:innen und UN-Mitarbeiter:innen

Die israelische Regierung hat Schulen, Universitäten, Bibliotheken, Archive, Kulturzentren, Kulturerbestätten, Moscheen und Kirchen angegriffen. Professor:innen und Lehrer:innen wurden zusammen mit ihren Schüler:innen und oft ihren ganzen Familien getötet. Unter dem Deckmantel des Gaza-Konflikts vertreiben israelische Siedler:innen geschützt von Soldat:innen der IDF, Palästinenser:innen aus ihrer angestammten Heimat, in direktem Verstoss gegen alle Prinzipien des Völkerrechts.

Dies sind nicht nur Verstösse durch eine Regierung. Die internationale Gemeinschaft hat keinen Grund zu erwarten, dass ein Regierungswechsel den israelischen Staat wieder in den Rahmen des Völkerrechts zurückbringt. Am 19. Juli 2024 erklärte der Internationale Gerichtshof die Besetzung des Westjordanlands, des Gazastreifens und Ostjerusalems durch Israel für unrechtmässig. Fünf Tage später stimmte die israelische Knesset mit 65 zu 9 Stimmen dafür, das Urteil des IGH zu ignorieren, und bezeichnete provokativ das Westjordanland, den Gazastreifen und Ostjerusalem als Teil des «Landes Israel». Um ihre Verachtung für das Völkerrecht und die Institutionen, die die Menschheit nach dem Zweiten Weltkrieg zu dessen Unterstützung geschaffen hat, weiter zu beweisen, hat die israelische Regierung UN-Generalsekretär Guterres die Einreise ins Land verboten. Also lautet die Frage: Wann können wir Anklagen von Ihrem Gericht erwarten?

Heute ist der Jahrestag des Beginns des düstersten Kapitels einer Tragödie, für die unsere Generation gegenüber zukünftigen Generationen zur Rechenschaft gezogen werden wird. Heute braucht die Menschheit mehr denn je ein Gericht wie das Ihre, in dem unparteiische juristische Köpfe aus aller Welt einen Konsens über Standards des rechtlichen Verhaltens im Krieg und dessen Nachwirkungen erzielen können. Ihre Rolle ist entscheidend, und wir fordern Sie auf, sofort zu handeln.

Brian Eno ist ein britischer Musiker, der den Sound einiger der beliebtesten Bands der 1980er und 90er Jahre mitdefinierte und neu erfand und das Genre der Ambient-Musik schuf.

Yanis Varoufakis wuchs während der griechischen Militärdiktatur von 1967 bis 1974 auf. Später wurde er Wirtschaftsprofessor und war 2015 kurzzeitig griechischer Finanzminister.

Quelle: www.diem25.org

SRF: Unglaubliche Geschichten aus Leutschenbach

Viel Lärm um nordkoreanische Söldner in Kursk

Soldaten fremder Länder werden eingesetzt, seit es Kriege gibt. Im Falle der nordkoreanischen Truppen ist der Aufschrei im Westen besonders laut.

Von Alva Noi

Meldungen auf SRF über den Konflikt Russland/Ukraine lösen bei mir immer einen gleichen Reflex aus. Was wird gesagt? Von welcher Quelle kommt die Nachricht? Und: Was könnte eventuell *nicht* gesagt werden? Und um diese letzte Frage zu klären, benötige ich im Nachhinein stets die Lektüre von alternativen Medien. Nun ging es für einmal flott umgekehrt. Elena aus Moskau besuchte mich und erzählte vom Eingreifen nordkoreanischer Truppen in den militärischen Konflikt. Das *Wie* liess sie offen, die nationalen Medien in Russland hätten berichtet. Bei SRF hatte ich noch nichts gelesen, gesehen oder gehört.

Eskalation?

Die russische Sicht: Russland und Nordkorea haben ein Militärabkommen unterzeichnet. Darin steht: Der Bündnisfall wird in dem Fall ausgelöst, wenn eines der beiden Länder von einem anderen Land angegriffen wird. Mit dem Einmarsch der ukrainischen Truppen und der Eroberung von Kursk sei dies geschehen. Daher also der nächste Schritt im Konflikt: Nicht nur russische Truppen kämpfen, sondern auch nordkoreanische Truppen setzen sich auf der Seite der Russen ein. So der Standpunkt von Elena, wie er in der russischen Presse vermittelt wurde.

Die Reaktion aus Leutschenbach liess nicht lange auf sich warten. In einem Interview auf SRF vom 23. Oktober mit einem Militäranalysten des «German Institute for Defence and Strategic Studies – GIDS» in Hamburg fragte die Moderatorin: «Sind tatsächlich nordkoreanische Soldaten am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine beteiligt?» Die Antwort: Die Hinweise würden sich verdichten. Die Quelle: der südkoreanische und der ukrainische Geheimdienst. Und weiter die Botschaft im Interview: Russland würde Berichte dementieren, also abstreiten. Das Interview war interessant, zeigte es doch Verschiedenes auf. In der Berichterstattung von SRF wird der Einsatz nordkoreanischer Streitkräfte als unberechenbare Eskalation dargestellt. Aus russischer Sicht ist es hingegen ein Bündnisfall zur Verteidigung der eigenen Grenzen in Kursk. Dieser Widerspruch in der Darstellung wurde im Interview von SRF weder angesprochen noch aufgelöst. Weiter erhielt ich keine Hinweise, auf welchen Kanälen die russische Seite Berichte dementierte. Eine Kontrolle wird so schwierig.

Journalistische Sorgfalt

Berichterstattung in Konfliktsituationen ist heikel. Um so wichtiger wird die Sorgfalt der JournalistInnen. Dazu würde neben der präzisen Sprache auch eine Klärung der Interessenlage der Informanten gehören. Das GIDS ist ein «Think Thank für die Bundeswehr der Zukunft», also alles andere als neutral. So ist es zumindest auf der Website des Instituts zu lesen. Deutschland liefert Logistik und Waffen in den Konflikt.

Nordkoreanische Soldaten an einer Militärparade in Pjöngjang. Quelle: zVg.

Auch die EU meldete sich subito zu Wort. In einer Stellungnahme vom 24. Oktober schrieb sie: «Die Europäische Union ist zutiefst beunruhigt über Berichte, denen zufolge die Demokratische Volksrepublik Korea Truppen entsendet, um sich an Russlands illegalem Angriffskrieg gegen die Ukraine zu beteiligen. Dies wäre ein schwerwiegender Verstoss gegen das Völkerrecht, einschliesslich der grundlegendsten Prinzipien der UN-Charta. Es wäre eine einseitige Feindseligkeitshandlung der Demokratischen Volksrepublik Korea mit schwerwiegenden Folgen für Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt.»

Richtig einordnen

Im Falle der nordkoreanischen Truppen im Ukrainekrieg bin ich also erneut auf die Lektüre kleinerer, unabhängiger Medien angewiesen. Urs P. Gasche schreibt im Infosperber: «In praktisch allen Kriegen der letzten Zeit haben die Kriegsparteien ausländische Söldner bezahlt und eingesetzt. Die ukrainische Regierung tut es schon lange. Doch noch kaum je haben grosse Medien über ausländische Soldaten mit derart grossen Schlagzeilen informiert wie über die Soldaten aus Kim Jong-uns Nordkorea.»

Damit trifft Gasche den Nagel auf den Kopf und ordnet weiter ein: «Die nordkoreanischen Soldaten sind an der Front kaum einsetzbar: Sie haben grosse Sprachprobleme. Sie kennen die russischen Kommunikationssysteme und Waffen kaum.»

Wieso also dieser Aufschrei in den Medien bei uns? Der deutschsprachige Blätterwald bis hin zu den elektronischen Medien sind überfüllt mit Schlagzeilen und Meldungen. Ein Schelm, wer Böses denkt. Doch längst werde ich den Verdacht nicht mehr los, dass Berichte aus dem Kriegsgeschehen immer auch etwas mit einer innenpolitischen Situation zu tun haben – zu tun haben könnten.

Letzte moralische Hürden

In Deutschland wird erbittert um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörper debattiert. Mit dieser Waffe könnte der ganze Kreml dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Lieferung würde eine Eskalation von westlicher Seite mit verheerenden Folgen für ganz Europa darstellen. Ich werde also den Verdacht nicht los: Es geht um etwas anderes. Vielleicht ja darum, die letzten moralischen Hürden zur Lieferung der Marschflugkörper zu ebnen und die nächste und wohl letzte Eskalationsstufe einzuläuten.

In einer objektiven Berichterstattung hätte ich mindestens den Verweis auf ein Militärbündnis zwischen Nordkorea und Russland gebraucht. So hätte ich verstehen können, wieso aus russischer Sicht die nordkoreanischen Truppen keine Eskalation darstellen, ein Angriff auf den Kreml aber sehr wohl als unverzeihlich angesehen würde. Weiter hätten Fragen generell zu Söldnern in der Berichterstattung ihren Platz haben müssen, denn nur so kann ich die gut 10 000 nordkoreanischen Soldaten im Kriegsgeschehen einordnen.

Mit seiner Berichterstattung bleibt SRF für mich einmal mehr auf dem Niveau des einseitigen Emotionalisierens. Interessant wird es erneut erst, wenn wir den fehlenden Part in alternativen Medien suchen und dann auch finden. Zum Glück gibt es sie noch, die Sperberaugen und Globalbridges, die Seiten zum Nachdenken und all die Gesprächskreise mit ihren Internetauftritten im Kampf gegen das betreute Denken. Ach, für wie dumm verkauft uns Leutschenbach!

Julian Assange

Jahre der Isolation zeigen Wirkung

Um Julian Assange wurde es seit dem Schuldspruch und seiner anschliessenden Freilassung ruhig. Nun trat er zum ersten Mal wieder öffentlich auf.

Von Alva Noi

Vierzehn Jahre lang wurde Julian Assange verfolgt, davon sass er fünf Jahre in Isolationshaft im Sicherheitsgefängnis in Belmarsh. Nils Melzer, Sonderberichterstatter der UNO, berichtete regelmässig über den sich stetig verschlechternden Gesundheitszustand des Häftlings. Nun ist Assange seit Ende Juni frei. Wie geht es ihm gesundheitlich? Wie steht er zur Weiterarbeit von Wikileaks? Wie steht er zu seinem Schuldeingeständnis? Am 1. Oktober 2024 trat er zum ersten Mal wieder öffentlich auf und sprach in Strassburg vor dem Ausschuss für Recht und Menschenrechte des Europarates (PACE).

Gerechtigkeit ist ausgeschlossen

Assange verlas während zwanzig Minuten einen vorbereiteten Text. Der Übergang von der jahrelangen Gefangenschaft in einem Hochsicherheitsgefängnis zur Anwesenheit hier vor den Vertretern von 46 Nationen und 700 Millionen Menschen sei eine tiefgreifende und surreale Veränderung. «Die Erfahrung der jahrelangen Isolation in einer kleinen Zelle ist schwer zu vermitteln. Sie entzieht einem den Sinn für das eigene *Ich*, so dass nur noch die rohe Essenz der Existenz übrigbleibt.» Er sei noch nicht in der Lage, über das zu sprechen, was er durchgemacht habe.

Dennoch wirkte Assange in seiner Rede erstaunlich klar, hielt an den Zielen von Wikileaks fest, offenbarte seine Beobachtungen, analysierte das Zeitgeschehen und ordnete ein. «Ich habe mich schliesslich für die Freiheit und nicht für eine nichtrealisierbare Gerechtigkeit entschieden. Nachdem ich jahrelang inhaftiert war und mir eine 175-jährige Haftstrafe ohne wirksame Rechtsmittel drohte. Gerechtigkeit ist für mich nun ausgeschlossen, da die US-Regierung in ihrer Vereinbarung schriftlich darauf bestand, dass ich keine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichen kann, oder auch nur einen Antrag auf Informationsfreiheit über das, was sie mir auf Grund ihres Auslieferungsersuchens angetan hat.»

Julian Assange bei seinem öffentlichen Aufritt in Strassburg. Quelle: zVg.

Assange präzisierte weiter. «Ich möchte mich klar ausdrücken, ich bin heute nicht frei, weil das System funktionierte. Ich bin heute frei, nachdem ich jahrelang inhaftiert war, weil ich mich des Journalismus schuldig bekannt habe. Ich habe mich schuldig bekannt, Informationen von einer Quelle eingeholt zu haben. Ich habe mich schuldig bekannt, Informationen von einer Quelle erhalten zu haben. Und ich habe mich schuldig bekannt, die Öffentlichkeit über diese Informationen informiert zu haben. Für etwas anderes habe ich mich nicht schuldig bekannt. Ich hoffe, dass meine heutige Aussage dazu dienen kann, die Schwächen der bestehenden Schutzmassnahmen aufzuzeigen und denjenigen zu helfen, deren Fälle weniger sichtbar sind. Die aber ebenso gefährdet sind.»

Weniger sichtbare Fälle

Im zweiten Teil der Rede ging Assange auf zwei weniger sichtbare Fälle ein und erinnerte an das Schicksal von Chelsea Manning und Joshua Schulte. Nach der Beugehaft und einem Suizidversuch ist Manning seit vier Jahren wieder auf freiem Fuss. Im Februar wurde Joshua Schulte zu 40 Jahren Haft unter extremen Isolationsbedingungen verurteilt. Schulte entwendete die Dokumente über die Fähigkeiten und Aktivitäten der CIA zur Durchführung elektronischer Überwachung und zur Cyber-Kriegsführung (Vault 7).

Assange wirkte geistig ungebrochen, präzise in der Analyse und entschlossen die Aufklärung mit Wikileaks fortzusetzen – doch nach gut einer Stunde mochte er nicht mehr. Zu müde sei er, die Gedanken waren bereits verlangsamt. Vierzehn Jahre Verfolgung und Isolation holten ihn körperlich ein. So kommt er zwar mit einem blauen Auge davon, die Botschaft jedoch aus dem Zentrum der Macht im Pentagon kommt bei potentiellen Whistleblowern und JournalistInnen unmissverständlich an: Wir holen euch alle, überall auf der ganzen Welt, wenn ihr zu viel aus dem Inneren der Macht preisgebt.

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

❑ Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Fr. 20.–/Jahr)

❑ Ich möchte Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 50.– inkl. UW-Abo)

❑ Ich möchte ein gratis Probeabonnement der UW

❑ Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum:_____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Friedensbewegung SFB, Riehentorstrasse 27, Postfach, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

ISSN 1423-6826
unserewelt@friedensbewegung.ch
www.friedensbewegung.ch

Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Riehentorstr. 27, Postfach, CH-4001 Basel
E-Mail: mail@friedensbewegung.ch
Telefon: 061/681 03 63
Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri
Redaktion: Stefano Araújo, Franziska Genitsch-Hofer, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Ruedi Moser, Ephraim Piatti, Ueli Schlegel, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.
Auflage: 3 500
Abonnementspreis: mindestens 20 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7
Satz/Layout: Schweizerische Friedensbewegung. Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie uns eine Spende überweisen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon in dieser Ausgabe. Herzlichen Dank!

Für ein klares Nein zu EU und NATO

Unabhängig und neutral bleiben

Der Verein «Front für Neutralität und Arbeit: No EU – No NATO» setzt sich für den Schutz der Schweizer Neutralität ein. Laut Mitbegründer und Präsident Alberto Togni versteht sich der Verein als parteiübergreifende Einheitsfront, die sich gegen eine Integration in EU und NATO positioniert. Neben Aufklärungskampagnen plant der Verein, sich aktiv in politische Debatten einzubringen und die bevorstehende Neutralitätsinitiative zu unterstützen.

Von Stefano Araújo

Worum geht es bei dem neu gegründeten Verein «Front für Neutralität und Arbeit: No EU – No NATO» genau? Was sind seine Grundsätze, Ziele und Aufgaben?

Alberto Togni: Wie der Name schon sagt, will der Verein eine «Einheitsfront» bilden, die all jenen offen steht, die unabhängig von ihrem politischen Hintergrund die Verteidigung der schweizerischen Neutralität und Arbeit, den Verzicht auf jegliche Integration in die EU und die NATO als oberste Priorität auf der politischen Agenda betrachten.

Was hat eine Gruppe von Genossen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft veranlasst, diesen Verein zu gründen?

Der Verein wurde auf ausdrückliche Initiative der Kommunistischen Partei der Schweiz nach den Eidgenössischen Wahlen 2023 gegründet. Bei dieser Gelegenheit trat die KP im Kanton Tessin an, verzichtete auf ihren eigenen Namen und präsentierte eine Liste mit dem Titel «No EU – No NATO», um die strategische Bedeutung dieser beiden Kämpfe in ihrem politischen Programm zu unterstreichen. Diese Initiative erregte grosses Interesse, sogar in Sektoren, die traditionell weit von der Linken entfernt waren oder die sie im Laufe der Jahre gerade wegen ihrer pro-europäischen und zweideutigen Positionen zur NATO-Frage verlassen hatten. Aufgrund dieser Erfahrung und angesichts des sich verschlechternden internationalen Kontextes hielten wir es für wichtig, dieses Interesse nicht zu zerstreuen und beschlossen daher, es aktiv zu organisieren.

Auch wenn die Vereinigung auf eine Idee der KP zurückgeht, möchte ich betonen, dass das Ziel darin besteht, sie zu einer parteiübergreifenden Front zu machen, die in der Lage ist, diejenigen zu vereinen, die die Souveränität der Schweiz vor den Einmischungen und dem Druck der Europäischen Union (man denke an das Rahmenabkommen, das unseren öffentlichen Dienst und die Rechte der Arbeitnehmer bedroht), aber auch unsere Neutralität vor der gefährlichen und immer weiter zunehmenden Integration in die NATO, die wir erleben, verteidigen wollen.

Warum ist es für euch aus linker Sicht wichtig, die Schweizer Neutralität zu verteidigen und gegen die europäische Integration der Schweiz zu kämpfen?

Wir sind der Meinung, dass die Europäische Union ein unreformierbares Gebilde ist, das sich in die Angelegenheiten von Drittländern einmischt und immer mehr zu einer Struktur wird, die den Interessen der USA völlig untergeordnet ist. Die EU ist auch eine Einrichtung, die die Souveränität ihrer Mitgliedstaaten schwächt, was

Alberto Togni.

der politischen Unabhängigkeit dieser Staaten und folglich auch den demokratischen Prozessen in den einzelnen Ländern abträglich ist. Darüber hinaus haben die Wirtschaftspolitik der EU und ihre Zwänge im Laufe der Jahre zu einer weiteren Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, zur Deregulierung des Arbeitsmarktes und zu einer brutalen Sparpolitik geführt, die natürlich nur die am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen getroffen hat.

Was die Neutralität betrifft, so glauben wir, dass sie das einzige aussenpolitische Instrument ist, mit dem die Schweiz im neuen internationalen Kontext wirklich eine Rolle spielen kann und mit dem sie wirklich im Interesse der Förderung des Friedens und gerechterer internationaler Beziehungen handeln kann. Unter Neutralität verstehen wir nicht Gleichgültigkeit oder eine leere Worthülse, hinter der sich zwiespältige Interessen verbergen, wie dies in der Vergangenheit durchaus geschehen ist, sondern wir wollen, dass die Schweiz wieder zu jenem prestigeträchtigen diplomatischen Zentrum wird, in dem man früher die Möglichkeit hatte, als Vermittler Streitigkeiten zu schlichten und den Konfliktparteien zu ermöglichen, zu diskutieren und friedliche Lösungen zu finden. Neutralität und Glaubwürdigkeit sind dabei nicht zuletzt Garant für mehr nationale Sicherheit, im Gegenteil dazu birgt eine weitere Integration und Annäherung an EU und NATO die Gefahr, dass wir in künftige militärische Konflikte verwickelt werden.

Neutralität und nationale Unabhängigkeit sind auch die beiden Voraussetzungen dafür, dass unser Land weiterhin unabhängig über sein Schicksal entscheiden kann und somit auch frei jene sozialen Reformen zugunsten der Arbeitnehmer und der Benachteiligten durchführen kann, um unseren öffentlichen Dienst und unsere demokratischen Prozesse zu verteidigen sowie uns jenem Teil der Welt zu öffnen, der nichts mehr davon wissen will, der kolonialen und kriegstreiberischen Politik des Westens unterworfen zu sein, und somit unsere wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Partner zu diversifizieren und der Schweiz eine zentrale Rolle in der neuen multipolaren Welt zu garantieren.

Wie beurteilen Sie generell die aktuelle Aussenpolitik der Schweiz? Welche Folgen könnte es für Stabilität, Frieden und Sicherheit haben, wenn wir Ihrer Meinung nach unsere Neutralität verlieren würden?

Leider hat die schweizerische Aussenpolitik vor allem seit Februar 2022 versagt. Wir haben nicht nur die EU-Sanktionen (die sich von den UNO-Sanktionen stark unterscheiden) übernommen, die sich für unser Land als kontraproduktiv erweisen und die europäische Wirtschaft buchstäblich zerstören, sondern wir haben auch begonnen, die Zusammenarbeit und die Integrationsprojekte mit der EU und der NATO in einem alarmierenden Tempo zu intensivieren. Denken wir nur an die Sky-Shield-Initiative, den Beitritt zum Projekt der militärischen Mobilität und die verschiedenen veröffentlichten Dokumente, die eine Vertiefung der Zusammenarbeit mit der NATO und die «Interoperabilität» der jeweiligen Streitkräfte fordern, sowie die Notwendigkeit, in Zukunft neue bewaffnete Kontingente aufzustellen, die zum sogenannten «Peacekeeping» ins Ausland entsandt werden.

Das Ergebnis ist klar: Die Lage der am stärksten benachteiligten Bevölkerungsgruppen hat sich verschlechtert, wir haben unsere diplomatische Glaubwürdigkeit verloren und laufen Gefahr, die prestigeträchtige Rolle, die wir uns erarbeitet hatten und die uns Glaubwürdigkeit verlieh, in Zukunft nicht mehr nutzen zu können. Ebenso drängt uns diese Annäherung an die EU und die NATO zum Beitritt zu einem ganz bestimmten Militärblock, was uns in Zukunft zu möglichen und legitimen militärischen Zielen machen würde. Und, sollte sich das Umfeld weiter verschlechtern, könnte das auch bedeuten, dass wir uns darauf vorbereiten müssen, unsere Soldaten in Kriege zu schicken, die nicht uns betreffen, sondern ausschliesslich den Interessen Washingtons und der NATO dienen.

Welche Aktivitäten plant ihr, nach der Gründung des Vereins zu organisieren?

Leider waren die Medien von Anfang an sehr zurückhaltend, wenn es darum ging, über unseren Verein zu sprechen, also müssen wir uns erst einmal bekannt machen. Wir werden Präsentationskampagnen in der Region organisieren, bei denen wir unsere Ziele erklären und unser Programmmanifest vorstellen können. Danach wird es darum gehen, in die öffentliche Debatte einzugreifen, wann immer es notwendig ist, um die weiteren Annäherungsversuche an die EU und die NATO, die wir in den letzten Jahren erleben, anzuprangern. Wir denken auch bereits an eine Reihe von Veranstaltungen und Konferenzen mit dem Ziel, die Bevölkerung über die Risiken zu informieren, die der Schweiz durch die falschen politischen Entscheidungen unserer Regierung drohen. Darüber hinaus wird die Bevölkerung in naher Zukunft über die Neutralitätsinitiative abstimmen, die von unserer Vereinigung sicherlich intensiv unterstützt werden wird, da es sich dabei um eine der wichtigsten politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre handelt, die die Zukunft unseres Landes bestimmen wird.

Wie würden Sie unsere Leser dazu motivieren, Ihrem Verband beizutreten?

Nein zur EU bedeutet Ja zur Arbeit, Nein zur NATO bedeutet Ja zur Neutralität, also Ja zum Frieden und Ja zur Sicherheit. Ich bezweifle, dass es irgendjemanden gibt, ausser einem Teil unserer Eliten, der diese Ziele nicht befürwortet und von ihnen nicht berührt wird. Aber Spass beiseite, in diesen fast drei Jahren haben sich die Veränderungen, die sich bereits international vollzogen haben, beschleunigt. Noch nie war die Gefahr eines Konflikts so gross, noch nie war die Unabhängigkeit der Schweiz und damit ihr Wohlstand und ihre Sicherheit so bedroht. Wir müssen unsere jeweiligen Differenzen für einen Moment vergessen und diesen Weg gemeinsam gehen, indem wir uns mit ganzer Kraft für die Verteidigung der schweizerischen Neutralität und die Rechte der Arbeitnehmer einsetzen. Die Zukunft unseres Landes, seine internationale Positionierung und seine Entwicklungsperspektiven hängen von diesem Kampf ab. Wenn es eine Zeit gibt, sich zu organisieren, dann ist es jetzt. Unsere Vereinigung ist eine der Möglichkeiten, dies zu tun.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 6. November 2024

Lausanner Minenkonferenz

Minen verbieten!

Die Lausanner Minenkonferenz zur Ukraine wurde eröffnet. Es ist zu begrüssen, dass der Schweizer Bundesrat in den nächsten vier Jahren 100 Millionen Franken zur Minenräumung in der Ukraine beitragen wird. Zu hoffen ist, dass vielleicht auch mit Schweizer Hilfe der Krieg in der Ukraine, wie im Gazastreifen im Sudan und in anderen Gebieten beendet werden kann.

In der Ukraine ist das Ausmass und die Konzentration von Landminen und Blindgängern in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg am grössten. Mehr als 139 000 Quadratkilometer sind nach Angaben der ukrainischen Regierung potenziell kontaminiert. Das ist eine Fläche, die mehr als dreimal grösser ist als die Schweiz.

In der Ukraine haben die russischen Streitkräfte seit 2014 Streumunition eingesetzt und Minen verlegt. Auch die ukrainische Armee hat Minen verlegt und Streumunition eingesetzt, auch Uranmunition, geliefert von Grossbritannien. Im Zweiten und Dritten Golfkrieg kam Uran-Munition zum Einsatz, in Syrien und auch 1990 im ehemaligen Jugoslawien. In diesen Gebieten werden noch heute viele Krebserkrankungen registriert, nach dem Einsatz der giftigen Uranprojektile.

Mutige Frauen und Männer räumen in der Ukraine Minen, obwohl dort von den Militärs hüben wie drüben immer noch Minen verlegt werden und viele Bomben und Granaten nicht explodieren und als Blindgänger für Menschen gefährlich bleiben.

1998 trat die Schweiz der Ottawa-Konvention bei, die Antipersonenminen verbietet. 164 Staaten sind dieser Konvention beigetreten, aber Staaten wie die USA, Russland, China, Israel usw. nicht. 2010 ist auch die Konvention über das Verbot der Streumunition in Kraft getreten. Nicht dabei bei diesem Abkommen sind unter anderem die USA, Russland, die Ukraine, China, Israel, Indien, Pakistan und Brasilien, die zu den weltweit wichtigsten Herstellern beziehungsweise Anwendern von Streumunition gehören.

Gut wäre es, wenn alle Minen verboten würden, Seeminen, mit denen Schiffe versenkt werden, und Landminen, die Lastwagen und Personenautos in die Luft jagen können.

Nach einem Krieg ist der Krieg nicht vorbei: Zurück bleiben die Witwen und Waisen, die traumatisierten Soldaten und Zivilisten, die Kriegsinvaliden, die Flüchtlinge, die Vertriebenen, die zerstörten Dörfer und Städte und die durch Minen, Streubomben und Uranmunition verseuchten Landstriche. Mindestens 60 Staaten sind heute durch explosive Kriegsrückstände verseucht, durch Antipersonen- und Fahrzeugminen, durch Sprengkörper in Häusern und Massengräbern. Tausende Menschen werden jährlich durch Minen verletzt und getötet.

Heinricht Frei